Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

46. Jahrg. | Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend. Jährlich 150 Nummern. Abonnementspreis 65 Pfennig vierteljährlich ausschl. Postbestellgebühr. | Leipzig, den 2. Juni 1908. | Anzeigen im „Korr." kosten: die viergespaltene Nonpareillezeile 25 Pfennig; Versammlungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt aber nur 10 Pfennig die Zeile. | Nr. 63.

Sechste Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker.

Köln a. Rh., 28. Mai.

Vierter Tag.

Zu den Unterstützungsanträgen nimmt einleitend Eifler das Wort. Er verweist auf den Zweck der Unterstützungseinrichtungen, die man aber die gewerkschaftlichen Zwecke nicht überwuchern lassen dürfe. Namentlich vor jeder Generalversammlung kommen so viele Anträge auf Erhöhung der Unterstützungen, deren rechnerischen Effekt man leider nicht in Betracht ziehe. Erhöhe eine Generalversammlung die Unterstützung, so verlange man von der nächsten schon wieder eine weitere Erhöhung. Darunter müssen die gewerkschaftlichen Zwecke leiden. Unterstützungen können nie ein Existenzminimum darstellen, sondern müssen eben Unterstützungszwecken dienen. Leider haben wir aber Kollegen in unsern Reihen, welche die Unterstützungen nach Strich und Faden auszunützen verstehen. Es werde viel Mißbrauch mit unsern Unterstützungen getrieben. Bei den Anträgen nun rechne man leider immer nur mit den augenblicklichen Verhältnissen, wohl mit dem vorhandenen Vermögen, aber nicht mit den Mitgliedern, die dahinter stehen. Von unserm Vermögen von 6¼ Millionen kommen auf das Mitglied 110 Mk., anderseits sind aber 6¼ Millionen Mark allein nötig, um die Invalidenkasse zu garantieren. Daher hätten wir nicht das Recht, für die Zukunft eine Situation zu schaffen, für welche wir dann verantwortlich gemacht würden. Schließlich müsse doch mit einem eventuellen Lohnkampf in der Zukunft gerechnet werden. Man möge auch bedenken, daß die Lasten bleiben, jedoch die Einnahmen geringer werden.

Bei den vorliegenden Anträgen, die eine materielle Belastung bedeuten, handelt es sich um zwei Arten: 1. Organisatorische Verbesserungen; 2. Erhöhung aller Unterstützungszweige. Die erstern, welche für uns immer die wichtigern sein müssen und worüber wir uns auf der letzten Gauvorsteherkonferenz unterhalten haben, würden allein schon in nicht unerheblichem Maße die Kassen des Verbandes in Anspruch nehmen. Es handelt sich hierbei um folgende Punkte: 1. Die Verstärkung des Verbandsbureaus um mindestens einen Beamten; 2. Verstärkung der Redaktion um mindestens einen weitern Redakteur; 3. ist der Wunsch auf Agitation, und zwar auf weitgehendster Grundlage hervorgetreten, weshalb namentlich die Bewilligung von Geldmitteln an die Gauvorstände behufs intensiver Agitation in Frage kommt; 4. wird die Anstellung der Gauvorstände von Verbands wegen verlangt, eventuell soll der Verband Zuschüsse zu diesem Zwecke bewilligen; 5. soll das „Korr."-Obligatorium eingeführt werden und 6. soll eine Geschichte des Verbandes herausgegeben werden, die eine volle Kraft auf Jahre hinaus in Anspruch nehmen würde, da ein ungeheures Material zusammenzutragen, zu sichten und zu bearbeiten ist.

Im ganzen wären 191000 Mk. bzw. 159000 Mk. erforderlich, um bloß diese Aufgaben zu lösen. Bezüglich des „Korr."-Obligatoriums wäre es am besten, man ließe es bei den bisherigen Einrichtungen. Die Reise- und Arbeitslosenunterstützung dürfe, soweit die Reiseunterstützung in Betracht komme, nicht erhöht werden, denn welche Organisation bezahlt nach sechs Beiträgen 280 Tage Reiseunterstützung? Bezüglich der Arbeitslosenunterstützung kommt Redner zunächst auf die Gauzuschüsse, welche der Gau Bayern ganz richtig für sehr ungerecht halte; der Verbandsvorstand stehe auf dem gleichen Standpunkte. Wollen Sie die Arbeitslosenunterstützung erhöhen, müssen Sie eventuell die Gauzuschüsse aufheben und je nach den Lokalzuschlägen den einzelnen Orten gestatten, Unterstützungen zu gewähren.

Redner kommt auf eine verteilte Statistik zu sprechen, welche die einzelnen Ortszuschüsse behandelt. Wenn man die Gauzuschüsse von Verbands wegen übernehmen wolle, könnten keineswegs mehr als 3,50 Mk. pro Woche gezahlt werden. Die Belastung der Verbandskasse wäre aber eine größere, weil nun kein Mitglied mehr seines Zuschusses verlustig gehen könne. Bezüglich der Umzugskosten werde großer Mißbrauch getrieben. Redner demonstriert dies an einzelnen Fällen. Für freiwillige Umzüge könne unter keinen Umständen eine Erhöhung eintreten. Im letzten Jahre haben wir 1020 Umzüge gehabt, von denen seien die Hälfte freiwillige gewesen. Damit im Zusammenhange steht das Anfragen vor Antritt einer Kondition, wobei in unsre Kollegen keine Disziplin hineinzubringen ist. Was nun die Invalidenunterstützung betreffe, so könne auch hier keine Erhöhung eintreten. Man müsse bedenken, daß hier auch infolge der Reichsunterstützung eine bedeutend günstigere Lage für unsre Invaliden eingetreten sei. Die Hälfte der Beiträge erfordere die Invalidenkasse. Pro Jahr vermehre sich die Invalidenzahl um 60, die Ausgabe um 25000 Mk. Das Ende der Entwicklung verlange das heutige Verbandsvermögen als Deckung. Am höchsten Punkte der Entwicklung angelangt, erfordere die Invalidenunterstützung eine Jahresausgabe von 800000 Mk. Auch sei es heute sehr leicht, zur Invalidenunterstützung zu gelangen, wie dies Redner an Beispielen erläutert. Dann komme noch die Dauer der Bezugsberechtigung dazu. Nirgends gibt es so „dauerhafte" Invaliden, wie bei uns. Bezüglich der heutigen Unterstützung müsse aber schon eine Erhöhung des Beitrags eintreten. Wenn da ein Kollege sage: Für wen sparen wir?, so sei es unglaublich, wie kurzsichtig mancher Kollege in dieser Beziehung sei. Aus innerster Überzeugung empfehle ich Ihnen, an der Invalidenunterstützung nicht zu rütteln, um schweren Gefahren für die Zukunft vorzubeugen. Bezüglich der Krankenunterstützung muß ebenfalls von einer Erhöhung abgesehen werden. Hier arbeiten wir mit dem Beitrage dafür lediglich von der Hand in den Mund. Wo die Kollegen noch mit einer Gemeindeversicherung zu rechnen haben, mögen allerdings ungünstige Verhältnisse in dieser Unterstützung bestehen, aber im großen Ganzen seien unsre Kollegen überversichert. Es muß aber immer daran festgehalten werden, daß unsre Krankenunterstützung immer nur ein Zuschuß zur gesetzlichen Unterstützung sein soll. Redner warnt vor einem Ausbau der Krankenunterstützung, die kein gewerkschaftlicher Zweck sei, auch sei ein Bedürfnis dafür nicht vorhanden. Das Sterbegeld sei erst in Dresden wesentlich erhöht worden, nun müsse man die Wirkung abwarten, ehe man an diese Frage wieder herantreten kann. Ziehe man nun aus dem Ganzen das Fazit, so ergibt sich, daß bei bescheidener Erhöhung der Unterstützungen sowie der Ausgaben für die bereits bezeichneten Dinge eine Erhöhung der Ausgaben um eine halbe Million Mark eintritt. Rechne man noch mit einer wirtschaftlichen Depression, so würde natürlich der Effekt ein noch größerer sein. Redner warnt zum Schlusse vor weitern Unterstützungserhöhungen. In der einzusetzenden Kommission werde die Sache noch näher zu prüfen sein.

In der Diskussion erklärt Seitz, daß er im allgemeinen auf dem Standpunkt Eiflers stehe, nur wünsche er einen größern und gerechtern Ausgleich in den Unterstützungen, ein eventuelles Hinaufschrauben der Karenzzeiten. Redner spricht dann noch zu den Gauzuschüssen, deren Aufhebung er verlangt, auch müsse den Mitgliedschaften aufgegeben werden, bis zu welcher Höhe sie in den Unterstützungen gehen können.

Knie warnt zur Vorsicht im Unterstützungswesen unsers Verbandes, bespricht die Tendenz der gestellten Anträge, ihre rechnerischen Wirkungen und die Erkundigungen vor Antritt einer Kondition.

Massini erklärt, daß die Berliner Kollegen in dieser Frage ganz auf dem Standpunkte des Verbandsvorstandes stehen. (Zwischenruf: Endlich!) Ja, meine Herren, das kommt oft vor, Sie erfahren es nur nicht. Weiter gibt Redner verschiedene Beispiele, wie es mit den Unterstützungen steht und welche Erscheinungen auf diesem Gebiete hervortreten. Er habe sich seinerzeit entschieden in Berlin gegen jede Erhöhung der Unterstützungen ausgesprochen.

Nagrotzki empfiehlt, von einer Erhöhung des Beitrags abzusehen und die Unterstützungen wie bisher zu belassen. Leider werde das Anfragen vielfach unterlassen. In dieser Beziehung müßten strengere Maßnahmen getroffen werden.

Steinbrück empfiehlt ebenfalls, in vorsichtiger Weise an die weitere Behandlung der Unterstützungseinrichtungen heranzutreten. Ferner muß festgestellt werden, in welchem Umfange die Verbandsfunktionäre zur Auskunftserteilung verpflichtet sind, weil in dieser Beziehung verschiedene Mißstände hervorgetreten sind.

Prüter plädiert für Aufhebung der Gauzuschüsse, erhebt Klage wegen Erscheinungen bei den Erkundigungen und der Invalidenunterstützung, spricht zur Krankenunterstützung, wo es berechtigt sei, daß aus Orten, wo die Kollegen mit einer Gemeindeversicherung zu rechnen haben, Anträge auf Erhöhung kommen.

Schmoll meint, daß wohl die Gauzuschüsse nie ganz zur Aufhebung gelangen werden, aber bezüglich der Bezirks- und Ortszuschüsse müsse etwas geschehen, um eine Überversicherung vermeiden zu können. Im allgemeinen solle man es wie bisher bei den Unterstützungen belassen, nur die Gemaßregeltenunterstützung solle man erhöhen; damit vergibt man sich gar nichts, denn mit derselben hat man die Prinzipien der Organisation hochgehalten.

Härtel meint, allen Anträgen könne nicht Rechnung getragen werden, aber etwas müsse man doch in dieser Richtung tun. Auch müsse eine größere Einheitlichkeit im Unterstützungswesen herbeigeführt werden. Ferner solle man auch den Mißbrauch von Unterstützungen nicht zu sehr verallgemeinern. Was wollen 50 bis 100 Fälle bei unsrer großen Mitgliederzahl bedeuten? Dann erörtert Redner ebenfalls das Kapitel bezüglich des Anfragens. Redner empfiehlt den Ausbau des Unterstützungswesens für unsre Konditionslosen.

Krasser erklärt, daß die Mitglieder des Gaues Erzgebirge-Vogtland zum größten Teile mit den Ausführungen des Kollegen Eifler einverstanden sind. Redner empfiehlt, zwischen freiwilligem und gezwungenem Umzug keinen Unterschied zu machen, und zwar im Interesse der Organisation. Redner bezweifelt, ob es praktisch sei, die Gauzuschüsse aufzuheben. Auch bedingen die Teuerungsverhältnisse eine obligatorische Erhöhung der Unterstützung, da nach dem Schema des Lokalzuschlags eine Unterstützung zu gewähren, das Richtige nicht treffe.

König empfiehlt eine Erhöhung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung. Redner kann nicht einsehen, warum der größte Teil der Kollegen unter Simulation einzelner Mitglieder leiden solle. Selbst auf die Gefahr einer Steuererhöhung hin müssen diese beiden Zweige aufgebessert werden. In bescheidenen Grenzen eine Erhöhung eintreten zu lassen, beugt einer anderweiten Selbstversicherung und ebenfalls dem Simulantentum vor. Bezüglich der Gauzuschüsse stehe sein Gau auf dem Standpunkte, diese nicht abzuschaffen, sondern lieber die Gegenseitigkeit mehr auszubauen. Redner schließt mit dem Wunsche, die genannten Erhöhungen eintreten zu lassen. Ein Unterschied zwischen freiwilligem und unfreiwilligem Umzug muß gemacht werden.

Dworacek (Wien) weist einige Angriffe zurück, die gegen den österreichischen Verband bezüglich der dort in Kondition tretenden deutschen Kollegen erhoben worden waren, und begründet das Unzutreffende der gemachten Vorwürfe in längern Ausführungen.

Es wird sodann eine Kommission von elf Mann gewählt, welche sich mit den Unterstützungsanträgen zu befassen hat. In diese Kommission werden gewählt: Zöltsch, Rauhut, Dähnel, Steinbrück, Klapproth, Ackermann, Müller (Essen), Fuhs, Dreier, Kirschner, Gabriel.

Nach Bekanntgabe einiger Begrüßungen nimmt das Wort zu einer Ansprache der Verbandspräsident Keuffer (Paris), welcher die Arbeit der deutschen Buchdrucker begrüßt, er weist darauf hin, daß der französische Verband die einzige Organisation in Frankreich sei, welche den Neunstundentag aus eigner Kraft erreicht, gedenkt der Solidarität der deutschen Buchdrucker gegenüber ihren französischen Kollegen, hebt die Taktik des deutschen Verbandes und aller europäischen Buchdruckerorganisationen als segensreich hervor und empfiehlt, ohne radikale Theorien, durch den Zusammenschluß aller Arbeiter eine bessere Gesellschaftsordnung anzustreben. — Schmoll übersetzt diese mit lebhaftem Beifall aufgenommene Rede.

Döblin gibt bekannt, daß Kollege Keuffer abzureisen gezwungen sei, dankt ihm für seine Anerkennung der Arbeiten des deutschen Verbandes und wünscht einen gedeihlichen internationalen Zusammenschluß aller Buchdrucker.

Wegen einer Dampferfahrt nach Königswinter hiermit Schluß der Sitzung.

* * *

Köln a. Rh., 29. Mai.

Fünfter Tag.

In der Vormittagssitzung wird die Debatte über die allgemeine und tarifliche Lage fortgesetzt.

Backhaus erklärt, man könne sich nur einverstanden erklären mit dem bei der letzten Tarifrevision Erreichten,

das über das Erwartete hinausgegangen sei. Man solle deshalb nicht mit jeder Kleinigkeit kommen, um an dem Ganzen herumzumäkeln. Zu den Berliner Delegierten gewendet, sagt Redner, auch in der Provinz wären die Verhältnisse eigenartig gelagert, oft aber noch schwieriger als in Berlin. Er könne nur ersuchen, den Tarifinstanzen und dem Verbandsvorstand unser Vertrauen auszudrücken.

Schäffer führt aus, daß von keiner Seite die Beseitigung der Tarifgemeinschaft gewünscht werde. Wenn man von Schattenseiten rede, so bekämpfe man damit die Sache doch noch nicht. Das Tarifamt und auch der Verbandsvorstand müssen verstärkt werden, für Schliebs sei die Arbeit entschieden zu viel. Die vorgekommenen Schwierigkeiten könnten auch durch eine bessere Fühlungnahme behoben werden. Zu der Druckerfrage führt Redner an der Hand des Protokolls aus, daß die Druckerexperten nicht ihre Zustimmung zu den bekannten Ausnahmebestimmungen gegeben haben. Es handle sich eben um einen Irrtum. Schäffer plädiert für die Anstellung eines zweiten Beamten im Tarifamt, auf diese Weise würde eine Überlastung des Kollegen Schliebs vermieden werden, und man könne wieder mit unsern obern Tarifinstanzen arbeiten, wie es im Interesse der Allgemeinheit eben liege.

Kirschner bedauert das Vorgehen der Berliner Kollegen und geht dann auf die tariflichen Verhältnisse im Odergau ein. Auch dort wäre man in mancher Beziehung unzufrieden, aber die Kollegen verlieren nicht den Blick über das Ganze und lassen sich nicht zu ungerechten Urteilen verleiten. Man könne sehr wohl mit der Arbeit unsrer Tarifbehörden einverstanden sein. Zu wünschen und notwendig wäre jedoch die Anstellung eines zweiten Beamten im Tarifamte.

Helmholz meint, wenn die Berliner Kollegen wirklich für die Tarifgemeinschaft sind, dann könne es doch nicht zu solchen Differenzen kommen. Es komme jedoch darauf an, wie man seine Sympathie für die Tarifgemeinschaft praktisch betätige, und da sehe eben das Eintreten der Berliner für die Tarifgemeinschaft etwas eigenartig aus. In Österreich hätte die Kollegenschaft eine gute Disziplin gezeigt bei der Tarifrevision dortselbst. Wenn man bei uns neue Wege gegangen sei, brauche das Vertrauen zu den Führern doch nicht dadurch erschüttert zu werden. Mit mehr Mitbestimmungsrecht würde auch nicht mehr zu erreichen sein wie jetzt. Mussial behaupte, die höhern Löhne der Maschinensetzer seien eine unbedingte Notwendigkeit, das stimme denn doch nicht so, wie es hingestellt werde. Helmholz spricht dem Kollegen Schliebs noch sein größtes Vertrauen aus und hofft, ihn noch lange für die Tarifsache erhalten zu sehen.

Graßmann weist darauf hin, daß man nun schon den fünften Tag zusammensitze, und noch wäre keine Klärung über den zweiten Punkt der Tagesordnung vorhanden. Wenn unsre Generalversammlungen alle zwei Jahre stattfinden — und er plädiere dafür — wäre dem bedeutend abgeholfen. Über das Weiterbestehen der Tarifgemeinschaft zu sprechen, wäre ganz müßig, es könnten aber Verbesserungen geschaffen werden. Auch die Prinzipale im zweiten Tarifkreise wären mit manchen Kommentierungen nicht einverstanden; für sie wären einige Bestimmungen für die Gehilfen so günstig, daß sie aus diesem Grunde unzufrieden sind. Die tarifliche Schulung der Kollegen lasse aber viel zu wünschen übrig, daraus leite sich so manche Differenz her. Einzelne Tarifamtsentscheide seien allerdings zu kritisieren, und darin gebe er Massini recht, daß darin von Parität nichts mehr zu spüren sei. Betreffs des Anfragens vor Annahme einer Kondition müsse auch er tief bedauern, daß von Gehilfen die erteilte Auskunft den Prinzipalen direkt übermittelt worden ist. Das müsse unbedingt aufhören. Es müsse mit Strafbestimmungen gegen diese Kollegen vorgegangen werden, aber auch gegen die, welche es unterlassen, sich vor Annahme einer Kondition zu erkundigen. Graßmann bringt zum Schluß ein Vertrauensvotum für die Kollegen im Tarifamt in Gestalt einer Resolution ein.

Reisner ist mit den zweijährigen Generalversammlungen nicht einverstanden und beschäftigt sich dann mit den seitens der Berliner Kollegen erhobenen Einwänden gegen die Tarifinstitutionen. Kritik könne wie Medizin wirken; würde sie jedoch in zu reichlichem Maße genossen, müsse sie schädlich wirken. Für die Allgemeinheit würden die Verhältnisse nicht gebessert werden, wenn alles von dem Berliner oder von dem Standpunkte der Großstädte aus geregelt und gehandhabt werde. Die Strahlen der Einigkeit unter uns müßten doch alle unsre Gegner verscheuchen.

Wagner bezeichnet die Tarifgemeinschaft als den besten Ausdruck unsers Verhältnisses zur Prinzipalität. Im Osten und speziell in Posen wäre man ohne die Tarifgemeinschaft lange nicht so weit gekommen. Mit den letzten Tarifvereinbarungen könne man nur einverstanden sein. Wagner zeigt dann an einem Falle, wie bei ihm zu Hause die Stellungnahme des „Vorwärts" erst die Kollegen oppositionell gestimmt habe. Es sei betrübend, wenn die Gehilfen sich von Dritten beeinflussen lassen. Redner tritt dann noch für eine bessere Fühlungnahme mit der Kollegenschaft ein, die Entscheidung könne allerdings nicht von dem Urteile der Masse abhängig gemacht werden.

Schellbach ersucht nochmals, einen Vertreter der Stereotypeure zum Worte kommen zu lassen, da noch niemand von ihrer Seite gesprochen.

Herwig führt aus, daß die Dresdner Beschlüsse gerade so lange gut waren, bis die Gehilfenvertreter mit dem erzielten Resultate heimkehrten. Von der Parteipresse sei in der Tat verschiedentlich der Versuch unternommen worden, Mißstimmung über das Erreichte zu erzeugen. Die Kollegen hätten dann leider das klare Urteilsvermögen verloren. Redner bedauert, daß unsre Generalversammlungen jetzt von der Spartenfrage so beherrscht werden, die Generalversammlungen müßten eben in kürzern Zeiträumen stattfinden und kritisiert sodann noch die Tätigkeit der Kreisämter in der Frage der Lokalzuschläge, die Prinzipale lassen darin manchmal alles Verständnis vermissen. Es sei auch bedauerlich, daß die Prinzipale in den Tarifschiedsgerichten so häufig die Kabinettsfrage stellen, wenn es nicht nach ihren Wünschen geht.

Härtel geht auf die in den Kollegenkreisen vorhandene Mißstimmung mit den Tarifergebnissen ein. Wenn mehr Klarheit in manchen Punkten vorhanden gewesen wäre, würde sie aber nicht so groß geworden sein. Er erinnere an die halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung, die für die Maschinensetzer laut der Erklärung des Tarifamtes nicht in Betracht komme. Die Tätigkeit der Tarifschiedsgerichte sei aber nicht so, wie es die Berliner Kollegen hinzustellen belieben. Der neue Tarif habe nicht nur materielle Vorteile gebracht; denn es seien doch auch die Stereotypeure und die Korrektoren in die Tarifgemeinschaft aufgenommen worden. Man verlange jetzt bei uns mehr Mitbestimmungsrecht, da müsse er doch darauf hinweisen, daß z. B. die Aktionen der sozialdemokratischen Partei immer weniger in den Versammlungen beschlossen und nicht von der Entschließung der Masse abhängig gemacht werden. Je besser man aber die Verhältnisse bei uns in der Provinz gestalte, um so größer sei der Vorteil der Berliner Kollegen daraus.

Gösch führt die erfreuliche Entwicklung des Verbandes in erster Linie auf die Tarifgemeinschaft zurück. Diese Entwicklung wäre vielleicht noch größer gewesen, wenn man den Gutenbergbund hätte annektieren können. Wenn wir es bei der bisherigen Taktik aber zu der jetzigen Höhe gebracht haben, so müsse um so mehr die Tarifgemeinschaft beibehalten werden, denn die vergangenen Zeiten ermuntern wahrlich nicht dazu, sie noch einmal durchzumachen. Was das so angegriffene Referat des Kollegen Schliebs anbelange, so müsse er sagen, daß Schliebs sich in Verteidigungsstellung befunden und deshalb recht getan habe. Es gehe schon aus der Geschichte hervor, daß, wenn ein gewisser Höhepunkt erreicht sei, dann ein Rückschlag eintrete, weil man Mißbrauch mit der Macht getrieben. Der Verband befinde sich jetzt auf einem solchen Höhepunkte, er warne im Interesse der Organisation davor, Mißbrauch mit unsrer Macht zu treiben.

Kayser legt dar, wie überflüssig die Entrüstung der Maschinensetzer gegen den Beschluß der Wiedereinführung des Berechnens gewesen sei. Mussial habe vollständig unrecht, wenn er sage, seine Spezialkollegen hätten aus eigner Kraft ihre bessere Position erreicht. Die Maschinenmeister haben anerkanntermaßen bei den letzten Tarifvereinbarungen am besten abgeschnitten. Die paar Irrtümer bei der bewußten Protokollierung könnten das nicht gegenstandslos machen. Die Erfolge der Stereotypeure seien nicht minder erfreulich. Wenn Fehler bei der obersten Tarifinstanz vorgekommen, so müsse man doch berücksichtigen, daß irren menschlich ist. Man solle nicht päpstlicher wie der Papst sein, sondern man möge in solchen Fällen sachlich kritisieren. Die Stuttgarter Kollegen haben sich z. B. in der Frage des Umbrechgeldes vollständig auf den Standpunkt der Leipziger gestellt, aber objektiv über diese Differenzen geurteilt. Ohne die Tarifgemeinschaft wäre die Kollegenschaft und der Verband gewiß nicht so weit gekommen. Die Berliner Anträge zum Punkte II können uns nur rückwärts bringen, deshalb müsse die Urabstimmung abgelehnt werden. Redner schließt mit einem Vertrauensvotum für die Tarifkunktionäre.

Faber erklärt, daß nun, wo die Debatte zu Ende gehe, es sich erwiesen habe, daß alles, was an Kritik vorgebracht sei, nur Kleinigkeiten und Nebensächliches gewesen seien. Die Ausführungen der Delegierten aus den einzelnen Gauen haben das erfreuliche Resultat gezeitigt, daß allenthalben die Angriffe der Berliner Kollegen auf die Tarifkunktionäre keinen Widerhall gefunden haben, trotzdem so mancher Redner etwas oder verschiedenes zu monieren gehabt hat. Faber polemisiert sodann gegen die Ausführungen der einzelnen Berliner Delegierten und rechtfertigt nochmals seine und Gieseckes Handlungsweise in den verschiedenen Punkten und ihre Tätigkeit im Tarifamt im ganzen. Zur Weiterarbeit seien sie gern bereit, wenn man ihnen Vertrauen entgegenbringe.

Nunmehr erhält Schliebs, der Geschäftsführer des Tarifamtes, das Schlußwort. Er könne die von ihm erhobenen Vorwürfe gegen bestimmte Kollegen und Kollegenkreise noch mit neuem Materiale belegen und die Angriffe entkräften, wolle sich aber nur auf das Notwendigste beschränken. Zur Berliner Überstundenfrage bemerke er, daß im Tarifkommentar doch schon ein Riegel gegen das Überstundenwesen geschaffen sei. Die Gehilfen haben zweifellos das Recht, sich mit ihren Prinzipalen auf ein gewisses Maß in der Überstundenleistung zu verständigen, aber man solle sich nicht auf die Ziffer 6 so versteifen. Es liege aber so, daß häufig die Gehilfen sehr gern Überstunden machen. Betreffs der durchgehenden Arbeitszeit in Berlin hätten Verhandlungen stattgefunden, Massini habe jedoch den ihm gemachten Vorschlag, der dieses Verlangen der Berliner zum Teil erfüllte, abgelehnt. Betreffs weiterer Punkte sei man vom Tarifamt aus nicht abgeneigt, entgegenzukommen. Betreffs der Entlassung von erkrankten Gehilfen könne man doch nicht verlangen, hier eine tarifliche Bestimmung zu treffen, die das verhindere, da die Gewerbeordnung dazu berechtige. Kommerzienrat Bürenstein habe in der fraglichen Berliner Faktorenversammlung durchaus nichts gesagt, was dem Gehilfeninteresse schädlich ist. Die Befürchtungen bezüglich des Juristen im Tarifamte seien ganz hinfällig, denn noch in keinem Falle habe er bis jetzt bei den Entscheiden den Ausschlag zu geben brauchen. Schliebs wendet sich dann zur Rechtfertigung der Tätigkeit des Tarifamtes im einzelnen gegen die von Mussial aufgestellten Behauptungen. Man möge sich doch daran erinnern, daß früher an den Setzmaschinen auch Nichtbuchdrucker beschäftigt waren; das haben die Tarifinstanzen abgeschafft. Er behaupte nochmals, daß nicht die Maschinensetzer sich ihre bessern Verhältnisse geschaffen haben, sondern es war der Tarifausschuß und der Verband. Wenn die Maschinensetzer die ihnen im Tarife gebotenen Vorteile kennen und ausnützen würden, wäre manche Beschwerde hinfällig. Aber man kritisiere eben an dem Tarife herum, ohne ihn richtig zu kennen. Mit den Zentralkommissionen der Spezialbranchen könne das Tarifamt nicht verhandeln, die gewiesenen Instanzen seien der Verbandsvorstand sowie die Gauvorsteher. Er wäre aber trotzdem dazu bereit, wenn die Verhältnisse in der Leitung der Maschinensetzer- und Maschinenmeisterparte andre geworden sind. In längern Ausführungen geht Redner sodann auf die Ausführungen Schlefflers ein. Hätte man andre Wege eingeschlagen, würde manche Differenz in besserer Weise erledigt worden sein. Man habe ja durch das betätigte Verhalten mehrfach das Tarifamt zu Stellungnahmen gezwungen, die ihm selbst nicht angenehm sein konnten. Die Berliner Prinzipale haben ihrerseits es nicht daran fehlen lassen, sich mit der Berliner Gehilfenleitung zu verständigen. Aber man habe ja nicht einmal eine Verständigung mit ihnen gewollt. Der Wille zum Zusammenarbeiten mit den Tariforganen fehle eben in Berlin, das behaupte er in aller Form. Schleffler habe ihm nicht einmal die Gelegenheit zu einer Aussprache geboten. Massini sei wiederholt vom Kommerzienrat Bürenstein gebeten worden, sich doch mit ihm zu verständigen und zu einigen, aber vergeblich. Die Berliner Gehilfenführer haben also gar kein Recht, zu behaupten, die Prinzipale wollen kein Zusammenarbeiten mit ihnen. Schliebs erläutert noch an einigen Fällen, daß die gegen das Tarifamt vorgebrachten Beschwerden nicht berechtigt sind. Die Kollegen in den Großstädten müßten in der Überstundenfrage etwas weitblickender sein, sonst schädigen sie am letzten Ende sich nur selbst. Das Tarifamt wird gegen Auswüchse des Überstundenwesens stets zu haben sein. Die Darstellung in der Chemnitzer Kontrollzettelsache durch Dähnel sei ganz unzutreffend. Man habe dort jahrelang eine sehr scharfe Kontrolle sich gefallen lassen, dann aber, nachdem vom Tarifamte dagegen ein Riegel geschaffen, wollte man sich überhaupt keiner Kontrolle mehr unterziehen. Die Korrektoren könnten doch sicher mit der letzten Tarifrevision einverstanden sein. Den Druckern müsse er sagen, daß Krätke als Vertreter in der Apparatfrage seine Zustimmung gegeben und sogar den Wortlaut für diese Ausnahmebestimmung mit formuliert habe. Betreffs der Experten sei ja gar nicht behauptet worden, daß sie zugestimmt haben. Manteuffel gegenüber behaupte er, daß die Zentralkommission der Drucker nicht loyal gehandelt habe, das Tarifamt könne auf Grund des geführten Nachweises aber von sich behaupten, ehrlich und korrekt verfahren zu haben. Was Manteuffel noch alles angeführt hat, widerlegt Redner an Hand aktenmäßigen Materials, beleuchtet die Art dieses Vorgehens und behauptet, mit manchem des Vorgebrachten hätte Manteuffel den Druckern nicht einmal einen Dienst erwiesen. Zum Schluß erklärt Redner, daß er für die Tarifsache sein Ganzes hingegeben habe. Wenn es aber so weiter gehe wie in den letzten Jahren, dann falle es allerdings sehr schwer, objektiv zu bleiben und darunter müßte natürlich die Sache leiden. Er verspreche und betone aber an dieser Stelle, daß er auch fernerhin tun werde, was Recht ist und nicht auf die Person und die Partei dabei schauen werde. Mit einem warmen Appell zur Einigkeit und mit der Mahnung, doch als ehrliche Kameraden zusammen zu arbeiten und zusammen zu stehen, beendet Schliebs sein mit regem Beifall aufgenommenes Schlußwort.

Die Abstimmung über die beiden eingereichten Resolutionen ergibt die Annahme der Resolution Graßmann gegen 21 Stimmen. Sie hat folgenden Wortlaut:

> Nach eingehendster Besprechung über den neugeschaffenen Tarif und die derzeitige tarifliche Lage sowie unter Berücksichtigung aller einschlägigen Verhältnisse und in Erwägung, daß die Erhaltung der Tarifgemeinschaft sowohl im allgemeinen Interesse des Gewerbes als auch besonders der beiden Vertragschließenden, Prinzipale und Gehilfen, liegt und beiden gleiche Rechte gewährleistet sind, spricht die sechste Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker ihre Befriedigung über das Zustandekommen der neuen Vereinbarungen und deren friedliche Einführung aus, zugleich die Erwartung ausdrückend, daß Tarifausschuß und Tarifamt nach Möglichkeit dazu beitragen werden, die im neuen Tarife hervorgetretenen Härten und Mängel zu mildern resp. zu beseitigen.
>
> Dem Geschäftsführer und den Gehilfenmitgliedern des Tarifamtes spricht die Generalversammlung den Dank der Gehilfenschaft für ihr mühevolles Wirken und die Wahrnehmung der Interessen derselben aus mit dem Ersuchen, hierin nicht zu erlahmen, sondern auch ferner in ersprießlicher Weise ihres Amtes zu walten.

Die nachstehende Resolution Schleffler findet gegen vier Stimmen ebenfalls Annahme:

> Die Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker erkennt an, daß der Zentralvorstand beim Abschlusse des letzten Tarifvertrags den Intentionen

der Dresdner Generalversammlung entsprochen hat; sie erachtet aber eine Erweiterung des Mitbestimmungsrechtes der Mitglieder bei Abschluß von Tarif- und sonstigen wichtigen Verträgen für notwendig und stellt eine Beschlußfassung hierüber der nächsten Generalversammlung zur Erwägung anheim.

Diese Generalversammlung ist so zeitig einzuberufen, daß eine derartige Beschlußfassung rechtzeitig erfolgen kann.

Döblin erklärt die zur allgemeinen und tariflichen Lage gestellten Anträge dadurch für erledigt.

Es folgt eine Reihe von persönlichen Bemerkungen, u. a. erklärt Manteuffel, alles Gesagte aufrecht erhalten zu müssen.

Giesecke erklärt sich und die Gehilfenvertreter durch die Resolution Graßmann befriedigt und zur Weiterarbeit bereit, bedauert jedoch, daß die Berliner Delegierten nicht in konzilianter Weise ihre Beschuldigungen und Angriffe gegen sie zurückgenommen haben.

Die Nachmittagssitzung ist eine geschlossene. Rexhäuser hält in derselben das Referat über den Organisationsvertrag, das von der Generalversammlung mit großem Beifall ausgezeichnet wurde. Die Diskussion über das Referat wird am sechsten Verhandlungstage fortgesetzt werden.

* * *

Köln a. Rh., 30. Mai.

Sechster Tag.

Die ganze Vormittagssitzung wird mit der Debatte über den Organisationsvertrag ausgefüllt, worüber, weil geschlossene Verhandlung, kein Bericht für die Öffentlichkeit gegeben werden kann. Gegen drei Stimmen findet folgende, von Klapproth eingebrachte Resolution Annahme.

Nachdem durch den Abschluß des Organisationsvertrags den Forderungen des Verbandes teilweise entsprochen ist, erklärt die sechste Ordentliche Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, daß, obgleich durch Abänderung des § 4 des Vertrags ein wesentlicher Punkt eine Abschwächung erfahren, dennoch die Bestimmungen desselben zu akzeptieren, in der Erwartung, daß der Deutsche Buchdruckerverein die Mitarbeit des Verbandes zur Hebung des Gewerbes gebührend würdigt.

In der Nachmittagssitzung wird die Debatte über die Spartenfrage fortgesetzt.

Flaschmann erklärt, daß in den Protokollen der Zentralkommissionen auch die Schriftgießer erwähnt sind, obwohl die Schriftgießer davon nicht berührt werden. Das sei darauf zurückzuführen, daß in Spartenkreisen behauptet worden sei, der Verbandsvorstand habe in einem Zirkular ausgedrückt, gegen die Sparten solle eingeschritten werden. Deshalb hätten auch die Schriftgießer ihre Unterschrift gegeben. Nachträglich sei jedoch festgestellt worden, daß diese Unterschrift infolge falscher Darstellung gegeben worden sei.

Engelbrecht beantragt, in Rücksichtnahme auf die kurze Zeit, welche der Generalversammlung zur Verfügung steht, und weil noch ganz bedeutend wichtigere Tagesordnungspunkte zu erledigen sind, daß die Spartenvertreter entsprechende Erklärungen abgeben mögen, zumal gestern die Sparten in einer Sondersitzung eine Aussprache herbeigeführt und das Plenum nicht in der Lage sei, das Gesamtmaterial prüfen zu können.

Hoch sagt, die Sparten seien gestern zusammengetreten, jedoch habe man sich nicht einigen können.

Mussial sagt, man könne doch keinen Kniefall tun, wie verlangt werde, sondern man solle doch ein bißchen Entgegenkommen zeigen.

Schäffer meint, eine Abbitte können die Sparten nicht leisten.

Döblin bezeichnet dies als eine Verkennung der Tatsachen. Man solle nur erklären, daß man sich geirrt habe.

Graßmann erklärt, die Generalversammlung habe nun keine Lust mehr, sich tagelang mit der Spartenfrage zu befassen.

Hesselbarth bittet, kurz über die Sache sich auszusprechen; sie jedoch abzuschneiden, dürfe nicht geschehen.

Blechschmidt erklärt, die meisten Spartenkollegen sind sich noch nicht klar, woher die Differenzen stammen.

Knobloch ist für geschäftsordnungsmäßige Behandlung.

Es wird beschlossen, in die Verhandlung einzutreten.

Döblin nimmt nunmehr zur Spartenfrage das Wort, erinnert an die Unterstützung der Sparten zu ihren Kongressen durch den Verband, bezeichnet Mussial als denjenigen, welcher die Konflikte heraufbeschworen, mit dem sich Redner vergeblich zu verständigen suchte bezüglich des Berechnens an den Setzmaschinen, Mussial habe Hetzarbeit geleistet; Mißmut und Verwirrung in die Massen zu tragen sei doch nicht die Aufgabe der Sparten. Redner kommt auf die Zirkulare der Maschinenmeister zu sprechen, wo man indiskret und unkollegial vorgegangen, bestreitet, daß der Vorstand die Rechte der Sparten beschneiden wolle, während der Vorstand sie in ihren Aufgaben zu unterstützen bestrebt ist. Redner dokumentiert dies an Schriftstücken, wendet sich dann gegen Kollegen Mülter, und hält es für eine Manneswürde, ein begangenes Unrecht einzusehen. Aber man wolle sein Unrecht nicht einsehen. Die Beschwerden der Maschinenmeister seien unberechtigt, wie dies Redner eingehend an der Hand von Schriftstücken begründet. Die Entrüstung in Deutschland, die seitens der Sparten erregt, sei eine künstliche. Redner bestreitet, daß der Vorstand von der Würzburger Konferenz vorher unterrichtet worden sei. Warum das Geheimnis? Man hatte wohl das Empfinden, daß man auf verbotenem Wege wandle. Das Verlangen, die Spartenvertreter als geborene Verbandsvertreter zu betrachten, erinnere an die geborenen Vertreter im preußischen Herrenhause. Man habe alles versucht, die Sparten nach Möglichkeit an allen Beschlüssen des Tarifamtes teilnehmen zu lassen, doch habe das die Quertreibereien nicht verhindern können. Außerdem habe der Verbandsvorstand kein Vertrauen mehr zu Mussial, infolgedessen werde dadurch den Sparten nicht gedient. Redner wendet sich sodann gegen die Vorwürfe Mussials, daß der Vorstand keine Agitation treibe. Daß die Maschinensetzer den Achtstundentag und einen um 25 Proz. höhern Lohn erhalten, ist nicht das Verdienst der Maschinensetzer, sondern der Organisation. Der Jahresbericht der Maschinensetzerzentralkommission enthalte ganz falsche und widersinnige Darstellungen. Außerdem sei in demagogischer Weise gehetzt worden. Den Sparten muß Unterstützung zuteil werden, so lange sie mit uns zusammenarbeiten wollen. Die Sparten haben sich der Freiheit nicht würdig gezeigt, die ihnen von Verbands wegen eingeräumt, resp. die sie sich genommen haben. Die Demissionierung der Kollegen Glaser und Hoyer als eifrige Spartenkollegen sei die Folge der Quertreibereien in den Sparten. Man müsse die Berechtigung der Sparten anerkennen, aber sie erschweren das Zusammenarbeiten mit dem Verbandsvorstande.

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte nimmt das Wort Mussial und behauptet, Flaschmann bekomme es mit der Angst zu tun, deshalb diese seine Erklärung. Flaschmann sei informiert gewesen. Sein Verhalten sei widerspruchsvoll. Man habe Eintracht und guten Ton für den Verband gewünscht. Gewiß, aber Zufriedenheit könne nicht herrschen. Wir dürfen nicht zufrieden sein in der Organisation, denn sonst ersticke alles Streben nach weiterer Verbesserung unsrer Lage. Redner verweist auf die Leipziger Beschwerde gegen das Tarifamt, wodurch dargetan sei, daß das Rückgrat der Organisation nicht stark genug sei. Redner verweist auf das vierstündige Referat von Schliebs, wovon zwei Stunden allein zu Angriffen auf die Sparten verwandt worden seien. Man solle aber nicht vergessen, daß die Spartenfrage sich wie ein roter Faden durch die Diskussion gezogen habe, also eine schwierige Situation vorhanden sei. Auch von andrer Seite seien Beschwerden vorgebracht worden. Döblin habe versucht, ihn ans Kreuz zu schlagen, weil er ihn (Mussial) als den Kopf der Spartenbewegung betrachte. Das sei nicht der Fall, die Zentralkommissionen haben selbständig gehandelt. Döblin hätte höhere Gesichtspunkte ins Auge fassen sollen, die er der Generalversammlung am Montag empfohlen. Redner habe stets die Personen des Verbandsvorstandes als ehrliche Männer betrachtet. Wenn er eine andre Überzeugung in manchen Dingen habe, so lasse er sich diese nicht rauben. Redner gibt eine Darstellung darüber, daß seit Jahren Beschwerden seitens der Sparten erhoben werden. Setzen Sie mangels einer genügenden Aussprache die Guillotine in Bewegung, schaffen Sie nur Stoff für die nächste Generalversammlung. Schaffen Sie lieber einen friedlichen Boden. Redner weist eine ihm angeblich unterschobene widerspruchsvolle Haltung zurück. Die Spartenbewegung müsse unterstützt werden. Diese Notwendigkeit begründet Redner auf Grund der Verhandlungen in Dresden sowie Aussprüchen von Döblin und Schliebs aus Anlaß der Spartenkongresse. Die spätern berechtigten Beschwerden der Sparten seien vom Verbandsvorstande nicht gewürdigt worden. Eine Kritik, wie sie geübt worden, sei notwendig gewesen sowohl dem Tarifamte wie dem Verbandsvorstande gegenüber. Gegen Beschneidung tariflicher Rechte muß man sich zur Wehr setzen, aber leider scheitere viel an der Kompetenzfrage. Redner wendet sich gegen einen Ausspruch des Kollegen Helmholz, der fälschlich behaupte, die Sparten tragen zur Anhäufung von Explosionsstoff gegenüber der Prinzipalität bei. Ebenso sei der Ausspruch des Kollegen König zurückzuweisen, der gesagt, man solle den Maschinensetzern die Bäume nicht in den Himmel wachsen lassen. Die Würzburger Konferenz sei eine Dummheit gewesen, aber eine entschuldbare, weil die positive Arbeit der Sparten nicht genügend gewürdigt werde. Die Anträge der Sparten seien der Weg, auf dem in Zukunft gearbeitet werden kann. Der Verbandsvorstand hole jetzt sein technisches Wissen aus dem Tarifamte, deshalb wäre es wünschenswert, der Verbandsvorstand würde nach den von uns gestellten Anträgen verstärkt. Die Notwendigkeit sei dadurch erbracht, daß zahlreiche Verbandsfunktionäre sich in technischen Fragen an die Zentralkommissionen wenden. Es könne sich nur um Meinungsverschiedenheiten in einzelnen Fragen handeln, nicht um das gemeinsame Ziel. Redner behandelt dann einzelne tarifliche Angelegenheiten der Maschinensetzer und spricht den Wunsch aus, man möge den Anträgen der Zentralkommissionen Verständnis entgegenbringen.

Schäffer wendet sich gegen einzelne Angriffe Döblins und erklärt, daß er sich schon im vorigen Jahre gegen die Behauptung wenden mußte, die Experten hätten den Ausnahmebestimmungen bezüglich der Apparatmaschinen ihre Zustimmung gegeben. Dadurch ist der Streit entstanden, der vielfach auf Mißverständnissen beruhe. Die Ausnahmebestimmungen, die seit 1896 in verschiedener Form für die Maschinenmeister bestehen, müssen endlich beseitigt werden. Betreffs der Würzburger Konferenz denke er nicht daran, sich in den Vordergrund zu drängen. Er stelle stets den Verband über die Spartenbewegung. Daß Mißverständnisse entstehen, könne nie verhindert werden. Das mangelnde Zusammenarbeiten mit dem Zentralvorstande sei eine alte Klage. Wir wollen aber ein engeres Zusammenarbeiten in befriedigtem Sinne. Die Anträge der Sparten bilden die Brücke zu der Umwandlung der Sparten in eine reine Verbandsinstitution. Redner verwahrt sich dagegen, daß die in Betracht kommenden Personen aus den Sparten um Verzeihung zu bitten hätten und begründet dann die Notwendigkeit der Würzburger Konferenz, die nur eine vertrauliche Aussprache sein sollte im Interesse der Gesamtheit. Zum Schlusse plädiert Redner für Annahme der Resolution der Kommission.

Schellbach verweist darauf, daß die Berliner Delegierten vielfach aus der Provinz stammen, und wenn sie radikal dort werden, dann liegt das eben an Berliner Verhältnissen. Redner polemisiert gegen Schliebs, soweit die Stereotypeure in Betracht kommen, dessen Ausführungen von einer Verkennung der Arbeitsverhältnisse der Stereotypeure zeugen. Die Stereotypeure waren anfänglich mit dem Tarife zufrieden, aber infolge eines Entscheids des Tarifamtes sind sie es nicht mehr. Redner begründet dies des nähern und geht auf Einzelheiten der Berliner Stereotypeurarbeiten ein.

Flaschmann wendet sich gegen Mussial, schildert die Veranlassung zu der Stellungnahme der Schriftgießer in Sachen des Protokolls der Zentralkommissionen. Redner erklärt, er habe nachträglich darüber eine Aufklärung erhalten und demgemäß sein Verhalten eingerichtet. Allerdings hätte er erwartet, daß Mussial nun das Gleiche tun würde.

Mülter erklärt, vielleicht könnte das eine oder andre in dem Zirkulare der Korrektoren anders gefaßt sein, aber nur dem festen Eintreten der Korrektoren sei das Errungene für diese Sparte zu danken. Redner erläutert die Arbeitsverhältnisse der Korrektoren, deren Anträge zur letzten Tarifrevision, und erklärt dann, daß die Korrektoren nicht kleinliche Kritik getrieben haben und plädiert für Annahme der Resolution der Zentralkommissionen.

Döblin erklärt, daß seine Beschwerden gegen die Zentralkommissionen nicht widerlegt worden seien, erörtert die tatsächlichen Verhältnisse bei den Korrektoren, hält es aber nach den gegebenen Erwiderungen nicht für notwendig, darauf weiter einzugehen. Es wird hierauf folgende Resolution des Verbandsvorstandes mit großer Mehrheit angenommen:

> Um ein ersprießliches Zusammenarbeiten zwischen dem Verbandsvorstand und den Zentralkommissionen der Sparten herbeizuführen, finden nach Bedarf oder auf Wunsch der betreffenden Zentralkommissionen oder des Verbandsvorstandes gemeinsame Sitzungen statt, in welchen die Spartenvertreter beratende Stimmen haben. Über beabsichtigte Maßnahmen oder Publikationen der Spartenvertretungen nichttechnischen Inhaltes, welche die Verbandsaufgaben berühren, ist vor ihrer Veröffentlichung eine Verständigung mit dem Verbandsvorstande herbeizuführen, auch ist demselben von den Zentralkommissionen der Sparten vierteljährlich ein Bericht über ihre Tätigkeit zu geben. Die an die Ortsvereine der Sparten gerichteten Zirkulare sind ebenfalls dem Verbandsvorstande zuzustellen.

Döblin erklärt, daß mit der Annahme dieser Resolution dem Verbandsvorstande das Vertrauen ausgedrückt wurde, in der Spartenfrage sowie im Verbandsinteresse richtig gehandelt zu haben.

* * *

Telegraphischer Vorbericht über den siebenten Tag.

Döblin leitet mit einem kurzen Referat über unsre Stellungnahme zur Generalkommission die Debatte über die Neutralitätsfrage ein, betonend, daß die Solidarität mit der übrigen Arbeiterschaft bestehen bleiben müsse. Ebenso bleibe unsre Stellung zur Generalkommission dieselbe. Darauf nimmt Fülle das Wort und greift die Artikelserie Rexhäusers und dessen Stellung gegenüber der Sozialdemokratie aufs heftigste an, worauf Rexhäuser in längern Ausführungen erwidert und seinen Standpunkt aufrechterhält. Es sprechen noch Kayser und Graßmann.

Korrespondenzen.

-l- **Chemnitz.** Die am 23. Mai abgehaltene Generalversammlung war sehr gut besucht. Zunächst erfolgte der Vortrag der Spezialabrechnung über das diesjährige Stiftungsfest und die Abrechnung über die Mitgliedschaftskasse für das erste Vierteljahr 1908. Beide Rechnungen wurden genehmigt und die Berichterstattung vom Gautag in Zwickau in der Weise vorgenommen, daß das Gautagsprotokoll verlesen wurde. Eine Aussprache über das Gehörte fand nicht statt. Der nächste Punkt der Tagesordnung, Gauvorstandswahl betreffend, fand Erledigung dahingehend, daß für zwei eine Wiederwahl ablehnende Mitglieder Neuwahl stattfand und die übrigen bisher amtierenden Kollegen wiedergewählt wurden. Unter „Vereinsangelegenheiten" teilte der Vorsitzende Meyer mit, daß sich die hiesige Firma Richard Oschatz, Buch- und Steindruckerei, eine Tat geleistet habe, die wohl ihresgleichen suchen dürfte. Genannte Firma kündigte einem seit 13 Jahren bei ihr beschäftigten ältern Drucker. Zwar ist dies an und für sich, obwohl es von wenig Arbeiterfreundlichkeit zeugt, nicht so schlimm, denn dergleichen passiert schließlich anderwärts auch. Nun reichten aber die Druckereikollegen des Gekündigten bei der Firma ein von ihnen allen unterzeichnetes Schreiben ein, worin sie

um Zurücknahme der Kündigung ersuchten und in einer hierauf erfolgten Rücksprache wurde seitens der Firma geäußert, „der betreffende Kollege könnte doch vom Verbande als Invalid erklärt werden; dann wollte sie denselben weiter beschäftigen, und zwar zu einem geringern Lohnsatz!" Ob aber auch ein geringeres Quantum der zu leistenden Arbeit verlangt wird, das verschwieg man. Selbstverständlich wurde das Ansinnen der Firma energisch zurückgewiesen, und der Kollege verließ nach Ablauf der Kündigungsfrist seinen Platz. Aber mehr noch. Der Herr Geschäftsführer H. bedeutete dem Druckereivertrauensmanne, weil letzterer das vorerwähnte Gesuch mit unterschrieben hatte, „daß er sich solchen Sachen fernhalten sollte, und es besser sei, wenn er dem Verbande den Rücken kehrte." (Eine recht eigenartige Auffassung des Organisationsvertrags!) Ob der gehörten Mitteilungen waren die Versammlungsbesucher entrüstet und zahlreiche Redner stellten das Gebaren der Firma Richard Oschatz ins richtige Licht. Einstimmig verlangte die Versammlung die Veröffentlichung dieses Falles, mit welchem sich eventuell auch das hiesige Tarifschiedsgericht zu befassen haben wird. Im weitern Verlaufe der Versammlung wurde bekanntgegeben, daß sich von 25 zu Ostern Ausgelernten 23 zum Verbande meldeten. Durch einen Antrag wurden der Gau- und Ortsvorstand beauftragt, in gemeinsamer Sitzung sich schlüssig zu werden, um einer spätern Versammlung geeignete Vorschläge zu machen, wie infolge der Anstellung des Gauverwalters die Verwaltungsfrage der hiesigen Mitgliedschaft zu regeln sei. — Vor kurzem beging unser treubewährter Kollege Richard Seyfert sein 25jähriges Verbandsjubiläum. Zur offiziellen Feier hatte sich eine größere Anzahl Mitglieder eingefunden und neben manchem Wunsche wurden dem Jubilare verschiedene Ehrungen zuteil.

Freiburg i. Br. (Oberrheinische Maschinensetzervereinigung.) Im fürstenbergischen Städtchen Donaueschingen hielt diesmal die Vereinigung ihre Jahresversammlung ab. Zahlreich waren die „Spartler" erschienen, und daß es ihnen ernst um ihre „Sache" war, bewies die Aufmerksamkeit während der Beratungen. Der Vorsitzende Müller berührte in seinem Jahresberichte die wichtigsten allgemeinen Vorkommnisse; angelegentlich empfahl er das Studium des Geschäftsberichts der Zentralkommission. Das Verhältnis der Vereinigung zu den „Vorgesetzten" darf ein vorzügliches genannt werden; entsandte doch der Gauvorstand einen Vertreter. Die Vereinigung hat es trotz Austritts der Karlsruher Kollegen fast wieder auf die frühere Höhe gebracht: 38 Mitglieder gehören ihr an. Ein Vortrag des Kollegen Müller handelte von der Gründung und Entwicklung unsrer Sparte, und daran anschließend gab er praktische Winke und Belehrungen beim Arbeiten an der Linotype. In der Diskussion wurde allerseits die statistische Arbeit der Zentralkommission anerkannt und ihr durch Erheben von den Sitzen der Dank der Vereinigung ausgedrückt. Ferner bedauerte man das Ausscheiden des Kollegen Glaser aus der Zentralkommission und rühmte dessen Verdienste. Die Situationsberichte, gegeben von Kollegen der einzelnen Druckorte, lauteten im allgemeinen zufriedenstellend, wenngleich da und dort kleine tarifliche „Störungen" (schreckliches Wort für Maschinensetzer!) noch zu beseitigen sind. Daß die Mitglieder mit der Tätigkeit des Vorstandes zufrieden sind, bewies die einstimmige Wiederwahl desselben. Die kurze Dauer der Verhandlungen — 3½ Stunden einschl. Mittagspause — ließ erkennen, daß ruhig und sachlich beratschlagt wurde zum Wohl unsrer Sparte — im Verbande der Deutschen Buchdrucker! — Auf Wiedersehen im nächsten Jahre!

Th. **Graudenz.** Der größtenteils aus Verbandsmitgliedern bestehende Gesangverein „Der Gesellige", ein Hausverein der Firma Gustav Röthe, beschloß in seiner am 23. Mai abgehaltenen Außerordentlichen Versammlung, der Einladung zu dem Pfingsten in Königsberg stattfindenden Preußentage Folge zu leisten und den Teilnehmern zur Bestreitung der Unkosten einen Zuschuß von je 6 Mk. aus der Vereinskasse zu gewähren.

t. **Mannheim.** Am Vorabende der großen Generalversammlungsouvertüre, die im Präludium und Finale zu unser aller Befriedigung ausfallen möge, kam man zum zweitenmale im Mai zusammen, um über „bodenständige" Fragen Rat zu halten. Hegte der eine oder andre Jünger Gutenbergs — Sparten gab's zu seiner Zeit sicherlich noch nicht — auch Bedenken, wie das Kölner „Allegro" von dem Dirigenten und Orchester improvisiert werden wird, ob mit oder ohne Dissonanzen und Disharmonien, so rang sich doch schließlich die Erkenntnis der siebenmal Weisen durch, es wird wohl ein von dramatischen Pointen belebtes Werk werden, aber kein solches mit gewundenen, grellen oder schrillen Tönen. Kontrabaß und Violinen werden sich wieder zu gutem und versöhnlichem Spiele zusammenfinden, zwischen hinein werden die Tuba und das Horn ihre Signale schmettern und im Forte wird der Ruf erklingen: „Auf in den Kampf, Verband der Deutschen Buchdrucker." Ein zu großer Kreis solch Kampfbereiter war es allerdings nicht, der am Samstag, den 23. Mai, dem Rufe des Rapportzettels folgte. Viele wenige geben ein Viel, und mit dieser Rechnung mußte man auch an diesem regnerischen Abende fürlieb nehmen. Bindfadenartig prasselte der Regen nieder und daumdicke Regentropfen überboten sich im Saltomortaleschlagen zum Gaudium der im Trocknen Sitzenden. Diese berieten denn auch zuerst noch einmal die Johannisfestfahrt nach Speier. Auf der „Mannheimia" will man's bei nicht zu großem Gedränge versuchen; 350 Teilnehmer haben bequem Platz, die Fahrt wird also per Schiff gemacht. Um 7 Uhr früh soll es hingehen zu den gesegneten Gefilden der Stadt Speier, und abends 8 Uhr wird wieder „zurückgegondelt". An dem nötigen Klimbim und Trara wird es zu Gutenbergs Ehren nicht fehlen, und das ist ja die Hauptsache. Der Kartellbericht bot dann ebenfalls einige interessante Momente. Die Frequenz des Arbeitersekretariats wird eine alljährlich steigende, so daß dem gemeinnützigen Institute Konkurrenz unternehmen, wie das des katholischen Bureaus oder die allwöchentlich einmalige unentgeltliche Auskunftserteilung des Vereins der Mannheimer Notare und Rechtsanwälte, nicht das Wasser abgraben können. Dann will das Gewerkschaftssekretariat eine Ausstellung von Kunst- und Wandschmuck arrangieren, um durch eine sogenannte Bildergalerie in der Arbeiterschaft das Interesse an einer gediegenen und billigen Ausschmückung des häuslichen Herds zu heben. Die niedergehende Konjunktur machte sich auch in dem Rückgange der Einnahmen an Mitgliederbeiträgen des Kartells bemerkbar. Von dem Berichte der Ortskrankenkasse ist die Nichtwiederwahl eines Arbeitgeberbeisitzer, der etwa 15 Jahre im Vorstande gesessen, wegen angeblicher scharfmacherischer Umtriebe aber nicht wiedergewählt wurde, zu erwähnen. Die in voriger Versammlung angeschnittene Frage der Lehrlingsprüfungen und die daran geknüpften Bemängelungen fanden ihre Klärung durch eine gemeinsame Aussprache der Experten und der geprüften jungen Kollegen, und es konnte festgestellt werden, daß bei der Bemessung der Leistungen — praktisch wie theoretisch — keiner zu kurz gekommen ist, bis auf einen, wo leider ein Irrtum vorliegt, dem aber abgeholfen wurde durch die nachträgliche Aushändigung des Diploms. Das der Verlauf der zweiten Sitzung im Mai, der uns zum Schlusse von seiner Blütenpracht und Wonne noch arge Enttäuschungen bringt.

Offenbach a. M. Der Verein aller in den Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielt am 25. Mai eine Öffentliche Versammlung ab. Die Tagesordnung war eine kurze, aber interessante. Sie lautete: Die letzten Zugeständnisse der Prinzipale und der Abschluß unsers Tarifs. Vorsitzender Krämer gab in großzügiger Weise den Werdegang der Tarifverhandlungen kund und betonte, daß die Prinzipale einer durchgreifenden Revision des Tarifs strikte entgegen waren, soweit es sich um eine grundsätzliche Erhöhung handle. Sie erklärten sich aber dazu bereit, wenn bei höher bezahlten Positionen Abstriche gemacht werden könnten, dann bei einigen Graden etwas zuzulegen, was jedoch nicht rein ausgleichend gewesen wäre. Die Gehilfenschaft war der Ansicht: das, was einmal bezahlt wird, solle man nicht reduzieren. Dagegen wurde von Anfang an erklärt, die allgemeinen Bestimmungen zu verbessern. Das ganze Augenmerk der Gehilfenvertreter war daher naturgemäß darauf gerichtet, aus den allgemeinen Bestimmungen das zu machen, was für die Gesamtheit von größtmöglichstem Nutzen wäre. Und das war nach langwierigen Verhandlungen auch einigermaßen gelungen. Die wesentlichen Vorteile der neuen Fassung sind folgende: Erhöhung des Minimums; Ausgelernte erhalten 27,50 Mk., zwei Jahre nach beendeter Lehrzeit bis zum 25. Lebensjahre 30 Mk., über 25 Jahre alte Gehilfen erhalten 32 Mk. Alle im Gewißgelde stehenden, unter 34 Mk. entlohnten Gehilfen erhalten eine fünfprozentige Aufbesserung pro Woche. Reparaturen über zweistündige Dauer werden bezahlt. Betriebsstörung über eine Stunde, wenn die Anwesenheit des betreffenden Gehilfen verlangt wird, ist zu entschädigen. Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen erhalten die landesgesetzlichen Feiertage bezahlt (dieser Passus kommt dem Hilfspersonale der Aktiengesellschaft zugute). Einführung eines Lehrlingsregulativs. Gießen mehrere Gehilfen an einer Schrift, so wird das Quantum des einzelnen Gießers nach der betreffenden Skala bezahlt. Beim Handmaschinengusse treten wesentliche Verbesserungen ein, unter anderm die Einführung einer Skala bei Schreib- und Stützenschriften. Erhöhung des Konto von 15 Mk. auf 18 Mk. Verschiebung des Tags der Lohnzahlung von Samstag auf Freitag. Wird ein Gehilfe vorübergehend ins gewisse Geld gestellt, so tritt, wenn es über einen Tag währt, der Durchschnittsverdienst der letzten zwei Monate ein. Nach Beantwortung verschiedener Anfragen der Mitglieder verlas Vorsitzender Krämer folgende eingegangene Resolution: „Die heute, am 25. Mai 1908, im Saale ‚Zur Starkenburg' tagende Öffentliche Schriftgießerversammlung erklärt sich mit den Tarifabmachungen unsrer Vertreter einverstanden. Sind auch viele unsrer Forderungen unberücksichtigt geblieben, so wurde doch etwas geschaffen, was der Gesamtheit zum Nutzen gereicht. Die Versammlung spricht der Tarifkommission für ihre mühevolle Tätigkeit ihren Dank aus." Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Nach einem kräftigen Appell an die Nichtmitglieder, sich doch dem Verein anzuschließen, nicht bloß zu ernten, sondern auch zu säen, schloß der Vorsitzende die sehr gut besuchte Versammlung.

-z-. **Stuttgart.** (Mitgliedschaftsversammlung am 16. Mai im „Gewerkschaftshaus".) Der Vorsitzende Kayser eröffnete die Versammlung mit dem Bemerken, daß er es wohl empfinden könne, wenn die heutige Versammlung so schwach besucht sei, hätte sich doch in den letzten Wochen Versammlung an Versammlung gereiht. Die heutige, welche sich mit den Generalversammlungsanträgen zu befassen habe, hätte jedoch nicht ausfallen können. Unter „Vereinsmitteilungen" berichtete derselbe, daß die Vollzugsbestimmungen zum Vereinsgesetz erschienen und eine Konferenz der Gewerkschaftsvorstände zu einer Besprechung in dieser Sache für die nächste Zeit geplant sei. Zu den in letzter Versammlung gegen den Gauvorstand erhobenen Beschwerden in Sachen der Druckerei des Metallarbeiterverbandes übergehend, erklärte der Vorsitzende auf Grund eingezogener Erkundigungen, daß unter dem jetzigen Faktor die Verhältnisse sich etwas gebessert hätten, und auch der Faktor allen Ernstes gewillt sei, die Zustände zu verbessern; auch die dort stehenden Kollegen sollten es sich angelegen sein lassen, eine Besserung mit herbeizuführen. Über die Firma Bleher wurde schon des öftern Klage geführt wegen der Behandlung, den sanitären und Arbeitsverhältnissen. Ein Beweis für die dortigen Zustände sei gewiß, daß die Firma in einem Jahr eine ganze Anzahl Faktore verbraucht habe. So sei der letzte Faktor kürzlich ohne Kündigung entlassen worden. Die an das Tarifschiedsgericht eingereichte Klage endete zugunsten des Entlassenen. Auf die Leipziger Handsetzerangelegenheit übergehend, bemerkte Redner, daß er den Standpunkt des Tarifamts nicht anerkennen könne und der Entscheid ihm ein unfaßlicher sei. Über die vom Vorsitzenden vorgebrachte Angelegenheit bei der Firma Schlick & Ko. entspann sich eine ziemlich erregte Debatte, bei welcher vielfach persönliche Reibereien zum Ausdruck kamen. Kollege Dengler kam auf die Leipziger Handsetzerangelegenheit zu sprechen und kritisierte hierauf den Entscheid des Tarifamts in der Klage eines Setzers gegen die Firma Glaser & Sulz. Zuerst machte das Tarifamt einen Vermittlungsvorschlag, welcher von der Firma nicht angenommen wurde. In der nun folgenden Verhandlung wurde der Kläger abgewiesen. Der Vorsitzende wünschte, daß erst die Gründe des Tarifamts gehört würden, ehe gegen den Entscheid Front gemacht werde. (Inzwischen waren zwei Resolutionen eingegangen.) Was die Resolution Blinzig betreffe, so bringe er den Leipziger Handsetzern seine vollste Sympathie entgegen, könne aber das Vorgehen gegen den Verbandsvorstand nicht billigen. Ein weiterer Redner wandte sich gegen die Auslegungen des Tarifamts und meinte, wenn es so fortgehe, sei der Tarif in fünf Jahren schlechter als vorher. Kollege Knie erklärte, daß die Leipziger Handsetzerangelegenheit, das Umbrechgeld betreffend, bis zur nächsten Tarifausschußsitzung auf dem gegenwärtigen Status quo verbleibe. Nachdem noch einige Redner für die Resolution Blinzig eingetreten und der Vorsitzende den Verbandsvorstand gegen den Vorwurf der Animosität gegen die Sparten in Schutz nahm, wurde die Resolution Blinzig: „Die am 16. Mai im ‚Gewerkschaftshaus' tagende Mitgliedschaftsversammlung bedauert lebhaft den in Sachen der Leipziger Handsetzer gefällten Tarifamtsentscheid und mißbilligt in derselben Angelegenheit die Haltung des Verbandsvorstandes, die geradezu zu einer weitern Spartenbildung der Handsetzer herausfordert. Eine Kritik derartiger Tarifamtsentscheide (siehe auch die übrigen Sparten) muß den tariftreuen Gehilfen jederzeit erlaubt sein, und der Verbandsvorstand würde besser getan haben, wenn er in einer streng tariflichen Anlegenheit eine einseitige Stellungnahme unterlassen hätte", gegen eine erhebliche Minderheit angenommen. Zum zweiten Punkte: „Besprechung der Anträge zur Kölner Generalversammlung", eröffnete die Debatte Kollege Hoyer, die Tätigkeit des Vorstandes sowie die Schreibweise des „Korr."-Redakteurs, namentlich betreffs der letzten Artikelserie, einer Kritik unterziehend; weiter wendete sich derselbe gegen die Ansammlung eines hohen Vermögens, dafür eine Erhöhung der Unterstützungssätze fordernd. Während einige Redner in gleichem Sinne sprachen, wurde von andrer Seite den Ausführungen des Kollegen Hoyer entgegengetreten, besonders dürfe an dem § 1, welcher den Verband groß gemacht habe, keine Änderung vorgenommen werden. Kollege Dengler ersuchte die Delegierten, zur Generalversammlung an den Verbandsvorstand heranzutreten, derselbe möge eine Statistik über die gegenwärtig so stark überhandnehmende Überzeitarbeit im Gewerbe aufnehmen, dieselbe würde jedenfalls dazu führen, das leidige Unwesen der Überzeitarbeit etwas einzuschränken. Der nächste Punkt: „Berichterstattung vom Gautage", mußte der vorgerückten Zeit wegen auf die nächste nach der Generalversammlung abzuhaltende Versammlung verschoben werden. Schluß 11¾ Uhr.

Rundschau.

Die Ferien in der Verlagsanstalt der „Freien Presse" in Elberfeld wurden für das Personal von sechs auf acht Arbeitstage verlängert. Anspruch hierauf haben alle seit dem 1. Oktober 1907 angestellten Personen.

Eine neue Statistik des Tarifamtes der Deutschen Buchdrucker ist soeben erschienen, sie hat Ermittelungen vom Sommer 1907 zur Grundlage. Man muß unsrer obersten Tarifinstanz für die damit wiederum geleistete schwierige Arbeit alle Anerkennung zollen, und das um so mehr, da erst ein Jahr zuvor die Aufnahme einer Statistik erfolgte. Die schnelle Aufeinanderfolge begründet das Tarifamt mit der Einführung des neuen Tarifs, die naturgemäß veränderte Verhältnisse schaffen mußte. Gewiß sind große Anforderungen an die Arbeitsfreudigkeit beider Teile — diese Erhebungen erfolgen bekanntlich doppelt, bei Prinzipalen und Gehilfen — gestellt worden, was auch das Tarifamt hervorhebt; doch muß angesichts der großen Wichtigkeit einer solchen Statistik für das gesamte Gewerbe es sehr bedauert werden, daß die Fragebogen so mangelhaft und so spät wie in keinem frühern Fall eingingen. Soweit diese Lässigkeit auf das Konto der Gehilfen kommt, müssen wir unsre entschiedene Mißbilligung darüber aussprechen, denn der „Korr." hat es noch bei keiner Gelegenheit unterlassen, die Kollegen-

(Fortsetzung in der Beilage.)

Beilage zum Korrespondent
für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

46. Jahrg. | Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend. Abonnementspreis 65 Pfennig vierteljährlich. | Leipzig, den 2. Juni 1908. | Anzeigen kosten: die Nonpareillezeile 25 Pf.; Versammlungsanzeigen u. Arbeitsmarkt 10 Pf. | Nr. 63.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

schaft zur eifrigsten und gewissenhaftesten Mitarbeit an solchen wichtigen Erhebungen anzuhalten. Hoffentlich sind solche Klagen, wie sie das Tarifamt einleitend seiner statistischen Veröffentlichung ausspricht, nicht noch einmal als berechtigt anzuerkennen. Die Statistik erstreckt sich über 1392 Orte, 5228 Buchdruckereien und 56302 Gehilfen, was 10 Orte, 206 Druckereien und 4630 Gehilfen mehr als im Jahre 1906 ausmacht. Nach unsrer Schätzung wären rund 3000 Druckereien und rund 6000 Gehilfen von der neuen Statistik noch nicht erfaßt worden. Es ist dennoch aber ein Gesamtbild unsrer beruflichen Verhältnisse erreicht worden, das als maßgebend für das Ganze angesehen werden kann. Die Faktoren, Korrektoren und Obermaschinenmeister nicht mitgerechnet, haben 73,4 Proz. eine neunstündige, 18,3 Proz. eine kürzere, 7,0 Proz. eine längere Arbeitszeit; 1,3 Proz. haben über ihre Arbeitszeit keinerlei Angaben gemacht. Von den Setzern werden 31333 im Wochenlohne beschäftigt und 5564 arbeiten im Berechnen. Die im Wochenlohne stehenden 42952 Setzer, Maschinenmeister und Schweizerdegen erhalten in der Zahl von 16303 das tarifliche Minimum, 25612 werden über, 744 unter Minimum bezahlt und 293 werden bei Kost und Logis beschäftigt. Eine Ziffer, die man sich wohl meistens höher gedacht hat. Die Zahl der über Minimum entlohnten Gehilfen ist fast dieselbe geblieben: 25612 zu 25636 in 1906. Ein Mehr von 4000 Gehilfen wird gegen 1906 zum Minimum beschäftigt, ein Umstand, in dem sich die zehnprozentige Lohnerhöhung auch mit wiederspiegelt, nicht ausschließlich, was unbeschadet der spätern eingehenden Behandlung dieser Statistik im „Korr." schon jetzt betont sein soll. Den 40382 Setzern stehen 9119 Setzerlehrlinge gegenüber, den 10716 Druckern 3657 Druckerlehrlinge. Auf 100 Setzer entfallen also 22,6 Setzer- und auf 100 Drucker 34,1 Druckerlehrlinge. Die Lehrlingsskala wird von 889 Druckereien mit 1316 Setzerlehrlingen überschritten (in einem Falle sogar mit 9 Lehrlingen), Druckerlehrlinge sind 282 zu viel vorhanden in 223 Druckereien. In vier Tarifkreisen hat eine Erhöhung der prozentualen Lehrlingsziffer stattgefunden, in den übrigen — ganz besonders aber in Berlin — ist sie zurückgegangen. Mit dem in der Tarifamtsstatistik enthaltenen wertvollen Materiale muß sich jeder Kollege eng vertraut machen. Für die Beurteilung unsrer gewerblichen Verhältnisse bietet sich darin eine wahre Fundgrube. Da das einzelne Exemplar einschließlich Porto nur 15 Pf. kostet, werden die Vereinsfunktionäre zweifellos auch wieder den gemeinsamen Bezug vom Tarifamte (Berlin SW 48, Friedrichstraße 239) organisieren, und so darf wohl erwartet werden, daß binnen kurzem sich diese neue Statistik im Besitze jedes Kollegen befinden wird.

Die Tarifgemeinschaft in Rheinland-Westfalen umfaßt gegenwärtig 1024 Druckereien mit rund 7500 Gehilfen. Diese sehr erfreuliche Ausbreitung des Tarifs in dem Industriezentrum Deutschlands, wo bekanntlich die Großindustriellen die Repräsentanten des Herrentums sind, ist zweifellos der schlagendste Beweis für die Richtigkeit der von uns befolgten Gewerbepolitik.

Für die Tariftreue des Gutenbergbundes sehr bezeichnend ist ein in der letzten Nummer der „Zeitschrift" erschienener Bericht über eine in Braunsberg abgehaltene Kreisversammlung der ostdeutschen Prinzipale. Wir lassen, um die Wirkung zu erhöhen, den Berichterstatter in folgendem selbst reden: „Die Besprechung tariflicher Angelegenheiten nahm die Aufmerksamkeit der Teilnehmer längere Zeit in Anspruch. Insbesondere wurde darüber Klage geführt, daß die in Ostpreußen in großer Anzahl vertretenen Gutenbergbündler, entgegen der Behauptung der Leitung des Gutenbergbundes, daß ihre Mitglieder durchaus tariftreu seien, in tariflicher Beziehung oft sündigten und zu Löhnen und Bedingungen arbeiteten, die durchaus tarifwidrig seien und die betreffenden Prinzipale dadurch in die Lage versetzten, Drucksachen zu wesentlich billigern Preisen zu liefern, als tariftreue Prinzipale es vermöchten, denen sie auch eine ganz unbillige Konkurrenz machten. Das Ergebnis dieser Besprechung war, daß der Vorsitzende als Kreisvertreter beauftragt wurde, die Angelegenheit eventuell durch Nachfrage beim Tarifamte zu klären und bezügliche Maßnahmen zu treffen, um diesem die Allgemeinheit schwer schädigenden Treiben der Gutenbergbündler einen Damm zu setzen." So klar und deutlich ist von Prinzipalen der ganze faule Zauber der Tariftreue des Gutenbergbundes noch nicht beim rechten Namen genannt worden. Für den im „Korr." vor kurzem erschienenen Artikel aus Königsberg über die Tariftreue der Gutenbergbündler im Osten Deutschlands ist damit der Wahrheitsbeweis in einer Weise erbracht, wie er glänzender wirklich nicht zu denken ist. Daß der „Typograph" diese den Gutenbergbund so blamierenden Tatsachen ableugnen würde, war von vornherein zu erwarten. Daß aber gleich darauf in der „Zeitschrift" dieses bekannte Manöver so erfolgreich durchkreuzt werden könnte, hat wohl niemand vorausgesehen. Das Bündlerorgan rühmte sich unlängst, die Mitglieder des Gutenbergbundes wären bis zu 94 Proz. tariftreu, die „Zeitschrift" hat uns nun ein Bild von dieser Tariftreue geliefert, für das man ihr nur dankbar sein kann. Es leben die 94prozentigen!

Heinrich Küstermann, der Konstrukteur der Komplettgießmaschine gleichen Namens, ist vor einigen Wochen in Berlin im Alter von 73 Jahren gestorben. Auch ein Meßinstrument mit französischer Punktskala hat die deutsche Schriftgießerei ihm zu danken. Die Firma Küstermann & Ko. in Berlin ist gegenwärtig die einzige Maschinenfabrik in Deutschland, die Schriftgießmaschinen und sonstige Schriftgießutensilien baut.

Eine Zeitung zum Eingehen zu zwingen, war der Zweck eines von der Firma Aug. Scherl angestrengten Prozesses gegen Ullstein & Ko. als Verleger der „B. Z. am Mittag". Es handelt sich um einen Vertrag der beiden Parteien vom April 1900, wonach keine der beiden Firmen für die Zeit des Bestehens der „Berliner Morgenpost" eine Tageszeitung in Berlin und Umgegend sollte ins Leben rufen dürfen, deren Bezugspreis weniger oder ebensoviel als das Abonnement der „Berliner Morgenpost" beträgt, welch letztere Zeitung beide Parteien durch Gesellschaftsverhältnis gemeinsam übernommen hatten. Die beklagte Firma Ullstein & Ko. gibt nun seit Oktober 1904 die „B. Z. am Mittag" heraus und ließ mit dem 1. April 1905 ihre „Berliner Zeitung" eingehen. Die Firma Scherl behauptete daraufhin, daß die „B. Z. am Mittag" eine Neugründung sei und klagte auf Unterlassung der Herausgabe dieser Zeitung. Die beklagte Firma Ullstein & Ko. vertritt die Ansicht, daß die „B. Z. am Mittag" Zubehör der frühern „Berliner Zeitung" sei, jedoch keine Neugründung. Nach dem Aufhören der „Berliner Zeitung" sei sie lediglich an deren Stelle getreten. Das Landgericht Berlin und das preußische Kammergericht erkannten auf Abweisung der Klägerin, da sich die „B. Z. am Mittag" nicht als eine selbständige Zeitung, sondern als eine organische Fortentwicklung der alten „Berliner Zeitung" darstelle. Das Reichsgericht hat jetzt die hiergegen eingelegte Revision verworfen, die Firma Scherl ist also mit ihrem Verlangen, das das Eingehen der Ullsteinschen „B. Z. am Mittag" bezweckte, unterlegen.

Die preußischen Landtagswahlen finden am 3. Juni, also am morgigen Tage statt. Die Stimmenabgabe ist öffentlich. Bisher war gerade dieses Umstandes wegen die Beteiligung der Arbeiterschaft an diesen Wahlen eine geringe, ja, es wurde deshalb früher direkt für eine völlige Enthaltung plädiert, die auch stattfand. Bei der letzten Wahl wurde das anders, und diesmal wird die Arbeiterschaft aller Richtungen sich an den preußischen Landtagswahlen beteiligen. Wir brauchen wohl nicht zu sagen, daß die drei Gruppen: freie, christliche und Hirsch-Dunckersche Gewerkschaften, in mehr oder weniger offener Weise für die ihnen nahestehenden politischen Parteien Stimmung und Propaganda machen. Es ist früher schon des öftern von uns dargelegt worden, daß diese Fühlung in erster Linie auf die Entstehungsgeschichte der einzelnen Gewerkschaftsrichtungen zurückzuführen ist. Ob bei der Entwicklung, hüben gewerkschaftlich, drüben politisch, ein Festhalten an der Tradition berechtigt ist, sei dabei ganz außer Betracht gelassen. Tatsache ist, daß aus allen drei Lagern eine starke Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen zu erwarten steht. Es ist ja auch keineswegs eine spezifisch preußische Angelegenheit, die Zusammensetzung des neuen und der spätern Landtage des größten deutschen Bundesstaates. Denn in allen fortschrittlichen Kreisen ganz Deutschlands ist es männiglich bekannt, daß der Vater aller Hindernisse einer wirklichen und gedeihlichen Weiterentwicklung der Sozialreform der preußische Landtag ist. Denn die Großindustrie übt hier und bei der preußischen Regierung noch im besondern einen Einfluß aus, der auf die Sozialpolitik des Deutschen Reichs eine arg lähmende Rückwirkung ausübt. Aus diesem Grunde auch widmet der „Korr." den preußischen Landtagswahlen eine Aufmerksamkeit, wie sie für die andern deutschen Bundesstaaten nicht möglich und erfreulicherweise häufig auch nicht notwendig ist. Die Mainlinie rechtfertigt für jeden politisch einigermaßen Erfahrenen diese unterschiedliche Behandlung. Nun ist die öffentliche Stimmenabgabe ja eines der Mittel, mittels dessen man seit 60 Jahren das preußische Abgeordnetenhaus vor jedem freien Luftzuge bewahrt hat. Es ist auch gar nicht ausgeschlossen, daß jetzt das alte Rüstzeug aller Reaktion, die Maßregelung, wieder zur Anwendung gelangt. Und es wird sich zeigen, daß dies fast ausschließlich da geschehen wird, wo die Absolutherrschaft, das Herrentum noch in Reinkultur besteht. Für die Buchdrucker ist das nicht zu besorgen. Einesteils liegen die Verhältnisse bei uns ganz anders, und dann hat ja auch das Tarifamt in dankenswerter Weise mit seiner im „Korr." (Nr. 61) und in dem Prinzipalsorgan erschienenen Bekanntmachungen betreffs der preußischen Landtagswahlen solchen Anwandlungen vorgebeugt. Es wird wohl so leicht nicht wieder der Fall zu verzeichnen sein, daß eine aus Unternehmern und Arbeitern paritätisch zusammengesetzte Korporation den Arbeitgebern des Gewerbes eindringlich nahelegt, der Beteiligung ihrer Arbeiter an den Wahlen während der Arbeitszeit keine Schwierigkeiten zu bereiten. Wenn auch die Ausübung des Wahlrechtes nicht als einer der unter den § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches fallenden Gründe zur Fortbezahlung des Lohnes angesehen werden kann, so ist durch diese Bekanntmachung des Tarifamtes doch bis zu einem gewissen Grade dafür gesorgt, daß kein Lohnausfall für die Gehilfen entsteht. Natürlich muß von unsrer Seite auch im Sinne jener Bekanntmachung gehandelt und jede unnütze Zeitversäumnis streng vermieden werden. Daß es eine ernste Pflicht aller wahlberechtigten preußischen Kollegen ist, sich morgen an den Landtagswahlen zu beteiligen, kann auch mit dem Hinweise wohl noch treffend belegt werden, daß die „Deutsche Arbeitgeberzeitung" vor 14 Tagen lebhaft für die Beschickung der Parlamente mit Arbeitgebern eintrat. Den Arbeitern muß es daher eine noch ernstere Pflicht sein, ebenso zu handeln — von ihrem Standpunkt aus!

Wie der preußische Landtag Arbeiterforderungen berücksichtigt, haben größere Gruppen von den Arbeitern erfahren müssen, die nicht als die bösen Buben, sondern als die artigen Kinder angesehen zu werden pflegen. Die freie evangelische Volksvereinigung Barmen, der Ortsverein der Metallarbeiter in Neusalz a. O., die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinler in Hagen, das christliche Gewerkschaftskartell in Eupen, der dortige katholische Arbeiterverein, die katholischen Arbeitervereine des Bezirks Bochum, der Zentralrat der deutschen Gewerkvereine in Berlin, das katholische Arbeitersekretariat in Erfurt und andre mehr hatten sich mit Petitionen an den preußischen Landtag gewendet und darin verlangt: 1. Aufhebung der Bestimmung, daß der Arbeitgeber das Einkommen der Arbeiter angeben müsse. Statt dessen Einführung der Selbsteinschätzung; 2. den § 36 des Kommunalabgabengesetzes dahin zu ändern, daß es den Kommunen gestattet sei, die Einkommen unter 3000 Mk. mit einem geringern Prozentsatz als die höhern Einkommen zu den Kommunallasten heranzuziehen; 3. die untere Steuergrenze von 900 Mk. auf 1200 Mk. resp. 1500 Mk. heraufzusetzen, weil bei dem sinkenden Geldwerte heute ein Einkommen von 1200 Mk. nicht mehr sei, als früher ein solches von 900 Mk.; 4. zu gestatten, daß das Einkommen aus der Sonntagsarbeit, Überstunden sowie sonstiger Nebenverdienst in Abzug gebracht werden darf, und ferner, daß der Verdienst der Frau außer Ansatz bleiben oder separat versteuert werden solle; 5. den Abzug für Kinder von 50 Mk. auf 150 Mk. zu erhöhen. Trotzdem der Reichskanzler beim Empfange der Deputation des ersten christlich-nationalen Arbeiterkongresses dieser eine Reihe von Versprechungen gemacht hat, ist keine davon in Erfüllung gegangen. Den vorgenannten Petitionen ist es beim preußischen Landtage nicht anders ergangen, sie wurden in der Petitionskommission im März wie Ramschware behandelt, und auch die Regierungsvertreter hatten nur ein Nein für diese Forderungen übrig. Sie wurden schließlich der Regierung als Material überwiesen, was ihre Versenkung in den Papierkorb besagt. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß Bülow der Deputation des zweiten nationalen Arbeiterkongresses gegenüber seine Freude aussprach, daß die nationalen Arbeiterorganisationen erstarken und ihr weiteres Wachsen als Notwendigkeit bezeichnete, so werden die sogenannten nationalen Arbeiter von dem ihnen in der Praxis bewiesenen „Entgegenkommen" jedenfalls sehr wenig erbaut sein, daß sie eine andre Zusammensetzung des größten der deutschen Einzelparlamente eine absolute Notwendigkeit ist. Die nicht zu dieser Richtung zählenden Arbeiter sind davon natürlich erst recht überzeugt, sie werden deshalb soweit sie in Preußen ansässig und wahlberechtigt sind, bei den nunmehr stattfindenden Urwahlen für den preußischen Landtag ihre Stimmen dahingehend abgeben, daß die Ausschließung des Arbeiterelements aufhört, daß mit einem Wahlrecht aufgeräumt wird, das in unsre Zeit hineinpaßt wie ein Überbleibsel aus einer längst verflossenen Periode, die man gemeinhin als die vorsintflutliche bezeichnet. Was das Dreiklassenparlament Preußens mit der Knappschaftsnovelle vom 19. Juni 1906 geleistet hat in der Entrechtung der Bergarbeiter, ist eine weitere Bestätigung des Vorgesagten, läßt aber auch hoffen, daß die Arbeiter einsehen, wie sehr die noch vorhandene Zersplitterung sich all den Wünschen und Hoffnungen auf eine bessere Wahrnehmung der Arbeiterinteressen in den Parlamenten und auch sonst als Hindernis in den Weg stellt.

Gegen die unbeschränkte freie Arztwahl ist bekanntlich in Köln ein heftiger Streit entbrannt, der die Befürchtung eines neuen großen Ärztestreiks bereits hat

mehrfach aufkommen lassen. Kürzlich haben nun zu der Angelegenheit in einer gemeinsamen Sitzung die Kartellkommissionen und Gewerkschaftsvorstände der freien, der christlichen und der Hirsch-Dunckerschen Verbände Stellung genommen. In der Aussprache wandten sich sämtliche Redner, Vertreter aller drei Richtungen, gegen die gegenwärtige unbeschränkte freie Arztwahl. In einer einstimmig angenommenen Resolution erklärte die Versammlung, daß sie vollständig auf dem Boden der beschränkten freien Arztwahl stehe und die Verpflichtung übernehme, in ihren Gewerkschaftsorganisationen für die weitestgehende Aufklärung über die Arztefrage zu sorgen und zu zeigen, „in welcher zerstörenden Weise das System der unbeschränkten freien Arztwahl zum Schaden der Versicherten gewirkt hat".

Ein Arbeitersekretär soll als zweiter Beamter am 1. Juli in Stettin Anstellung finden mit dem Anfangsgehalte von 2000 Mk. Derselbe muß in den Geschäften eines Arbeiter- und Gewerkschaftssekretärs bewandert sein. Reflektanten haben sich bis zum 15. Juni unter der Aufschrift „Bewerbung" an das Arbeitersekretariat zu wenden.

Der Streik der Landarbeiter in der Provinz Parma nimmt Formen an, die einen allgemeinen Agrarstreik in der Po-Ebene voraussehen lassen. Die Arbeitskammer hat sogar auf Arbeitseinstellung bei den Grundbesitzern gedrungen, welche die Tarife angenommen haben, doch soll ihnen die Viehversorgung weiter geleistet werden. Wie das möglich gemacht werden soll, einen Teil der Arbeit zu verweigern, den andern aber aus Rücksichten allgemeiner Natur zu verrichten, ist wohl sehr schwer einzusehen.

Resultatlos verlaufen sind die Verhandlungen der Portefeuiller vor der Schlichtungskommission nach zweitägiger Dauer. Eine große Versammlung in Offenbach, dem Hauptsitze der Portefeuillerbranche, hat für weitere Verhandlungen das Einigungsamt angewiesen und den jetzigen Tarif als bis zum 15. Juli verlängert angesehen. Die christlichorganisierten Portefeuiller zogen ihre besondern Forderungen zurück zum Zwecke gemeinsamen Vorgehens.

Eingänge.

Fachblatt für Holzarbeiter. Heft 4. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiterverbande in Stuttgart. Vierteljährlich 1 Mk. Einzelheft 50 Pf.

Die Neue Zeit, Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag von Paul Singer in Stuttgart. Hefte 31 und 32. Preis 25 Pf. pro Heft, vierteljährlich 3,25 Mk.

Moderne Kunst, Hollandnummer. 17. Heft. Preis 60 Pf. Verlag von Rich. Bong, Berlin.

Briefkasten.

M. Sch. in Gummersbach: Wird nicht aufgenommen. — A. O. in Kempten: 3,30 Mk. — W. P. in Solingen: 3,05 Mk.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13, I. Fernsprechamt VI, 11191.

Adressenveränderungen.

Neubabelsberg. Vorsitzender: Emil Tuve, Nowawes, Karlstraße 19; Kassierer: Herm. Zabel, Nowawes, Turnstraße 3.

Solingen. Vorsitzender: Jakob Müller, Blumenstraße 120.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigefügte Adresse zu richten):

In Gräfenhainichen der Setzer Ludwig Gorges, geb. in Giebichenstein 1889, ausgel. in Halle a. S. 1908; war noch nicht Mitglied. — Otto Wagner in Wittenberg, Eichstraße 1c.

In Lüben der Setzer Karl Steinle, geb. in Illertissen (Schwaben) 1889, ausgel. das. 1906; war noch nicht Mitglied. — Paul Jänsch in Liegnitz, Friedrichstraße 30, III.

In Marienberg der Setzer Ernst Bruno Seidel, geb. in Lauta bei Marienburg 1890, ausgel. in Marienberg 1908; war noch nicht Mitglied. — H. Schumm in Chemnitz, Bernsdorfer Straße 18, II.

In Luzern die Setzer 1. Chajin Kaplan, geb. in Kowna (Rußland) 1880, ausgel. in Lodz 1899; 2. Karl Hoff, geb. in Berlin 1886, ausgel. in Gevelsberg i. W. 1904; waren schon Mitglieder. — J. Göpfert, Bundesstraße 29.

Versammlungskalender.

Altenburg. Bezirksversammlung Sonntag, den 14. Juni, nachmittags 3 Uhr, im „Tivoli".

Flensburg. Vorstandssitzung Freitag, den 5. Juni.

Glogau. Bezirksversammlung Sonntag, den 21. Juni, in Grünberg (Schl.). Anträge sind bis zum 12. Juni an den Vorsitzenden einzureichen.

— Maschinenmeisterversammlung Freitag, den 5. Juni, abends 8½ Uhr, in Purzels Restaurant, Kleine Oderstr. 13.

Köthen. Versammlung Mittwoch, den 3. Juni, abends 8½ Uhr, in Leps Restaurant, Ludwigstraße.

Nordhausen. Versammlung Mittwoch, den 3. Juni, abends 8½ Uhr, im Restaurant Spitz, Kornmarkt 14.

Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker.

Kreis IX.

Eingegangene Tarifbeiträge für 1907.

Gau Ostpreußen (579 Gehilfen) 115,80 Mk., Bezirk Bromberg (143 Gehilfen) 28,60 Mk., Bezirk Posen (230 Gehilfen) 46 Mk.

Breslau, den 28. Mai 1908.

J. A.: Hugo Fiering, Gehilfenvertreter, Brüderstraße 9, II.

Arbeitsuchende

erhalten den

Graphischen Arbeitsmarkt

bereits 5 Stunden nach Ausgabe der Anzeigen Montags und Donnerstags durch alle Postämter des Deutschen Reiches zum Bezugspreise von 9 Pf. pro Monat. Herbergen, Verkehrslokalen, Arbeitsnachweisen von Buchdruckern wird das Abonnement zurückvergütet.

„Buchdrucker-Woche"
Berlin SW. 68, Zimmerstraße 6.

[467

Druckereieinrichtung

Schnellpresse, reichl. Schriftenmat., event. mit Kundschaft und Lokal sofort sehr billig. Wirtl. Existenz. Werte Offerten unter Y. 341 postl. Berlin, Postamt 13. [118

Setzer-Stereotypeur

flink und sauber arbeitend, in jeder Beziehung verläßlich, insbesondre im Tütensatze firm und im Stereotypieren vollständig selbständig, für dauernd gesucht. Werte Offerten mit Gehaltsansprüchen erbeten an [130
M. Niedermayr, Rosenheim (Bayern).

Setzer-Stereotypeur

durchaus tüchtig, in **dauernde** Stellung gesucht. Meldungen erbeten an **Gottfr. Pätz**, Naumburg a. S., Steinweg 17/18. [144

Für eine große Tageszeitung der Provinz wird ein tüchtiger

Setzer-Stereotypeur [139

gesucht, der perfekt im Fertigmachen der Platten ist und bereits in Rotationsstereotypie gearbeitet hat. Werte Offerten mit Angabe der Gehaltsansprüche und des Alters und Beifügung von Zeugnisabschriften erbeten unter G. 7813 an **Haasenstein & Vogler, A.-G.**, Berlin W 8.

Erster Maschinenmeister [146

der im Werk-, Illustrations- und Mehrfarbendrucke Vorzügliches leistet und zur Beaufsichtigung energisch und zuverlässig ist, gesucht. W. Off. nebst Angabe seither. Tätigkeit und Gehaltsanspr. unter L. 7848 an **Haasenstein & Vogler**, Leipzig, erb.

Galvanoplastiker

(Präger) sofort gesucht. [930
Karl Kind jr., Bielefeld.

Suche einige tüchtige

Stempelschneider

zu sofortigem Eintritt auf dauernde Stellung.
W. Kirkwood, Frankfurt a. M. [87

Durchaus tüchtiger, gewissenhafter und solider

Linotype-

setzer zum baldigen Antritte gesucht. [119

Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei, Halle a. S.

Typographische Gesellschaft Hamburg.

Mittwoch, 3. Juni, abends 8¾ Uhr, in der Aula des **„Kunstgewerbemuseum"**, am Steintorplatz:

Vortrag des Herrn Prof. Richard Meyer,
Direktor der Kunstgewerbeschule
„Über Buntpapiere und ihre Herstellung".

Die Kollegen von Hamburg-Altona seien auf diesen Vortrag besonders aufmerksam gemacht und ladet zum Besuche freundlichst ein **Der Vorstand.** [141

Johannisfest 1908.

1. **Fünffarbige seidene Buchdrucker-Brustbänder** mit echtem **Gold- und Silberfelde**, 24 mm breit . . . . . 2,50 Mk.
2. Desgleichen 14 mm breit . . . . . 1,50 „
3. Desgleichen mit **gelb** und **weiß**, 24 mm breit . . . . . 1,50 „
4. Desgleichen 14 mm breit . . . . . 1,00 „

Buchdruckerband, meterweise, Nr. 1 à 3,50 Mk., Nr. 2 à 1,75 Mk., Nr. 3 à 1,75 Mk., Nr. 4 à 1,25 Mk.
Mütze „Typographia". Abbildung umsonst. [148

Graph. Verlagsanstalt P. Goldschmidt, Halle a. S., Königstr. 58.

Graphischer Anzeiger (21. Jahrgang) umsonst!

Was braucht der Buchdrucker?

Der Buchdrucker ist häufig ein Mann, der in ziemlich ungünstigen Verhältnissen aufgewachsen ist, und sich deshalb in seiner Jugend nicht jene allgemeine Bildung und jenes Wissen aneignen konnte, deren er bedarf, um rascher vorwärts zu kommen und sich ein behagliches Einkommen zu sichern. Aber wer den guten Willen hat und den richtigen Weg weiß, für den ist es nie zu spät, sich mehr Kenntnisse anzueignen und dadurch seine Lebenslage zu bessern. Freilich wird dem Erwachsenen das Lernen sauer weil er aus der Übung gekommen ist, weil seine Beobachtungsgabe sich im Kampf ums tägliche Brot abgestumpft hat, weil er überhaupt keine sichere Methode hat, nicht weiß wie man das Lernen eigentlich anpacken soll, um leicht zu lernen und dauernd zu behalten. Die beste Anleitung hierzu bietet ihm Pochlmanns Gedächtnislehre. Wer nach den Grundsätzen dieser Lehre lernt, der kann sich ohne Furcht an jedes Studium, jeden Lehrstoff heranwagen; er wird ihn meistern. Sie bildet den Grundstein auf dem sich jedes geistige Gebäude aufrichten läßt. Ein paar Auszüge aus Zeugnissen: „Durch Ihre Lehre wurde ich ein ganz neuer Mensch; jetzt erst weiß ich, wie man denken und lernen soll. S. A." „Ich kann mir keinen Beruf denken, dem diese Lehre nicht nützen sollte. H. H." „Einen wesentlichen Vorzug erblicke ich in der überaus klaren Ausdrucksweise, wodurch es auch Leuten mit Elementarschulbildung, die auch ich nur besitze, ermöglicht wird, Ihre Gedächtnislehre in allen Teilen durchzunehmen und so in kurzer Zeit den außerordentlichen Nutzen daraus ziehen zu können. H. K." Verlangen Sie heute noch Prospekt (kostenlos) von [140

L. Poehlmann, Prannerstraße 13, **München P 186.**

Pochlmanns Gedächtnislehre wurde ausgezeichnet mit: **1 Ehrenkreuz, 3 Grand Prix, 5 Goldenen Medaillen.**

Zuverlässiger, tüchtiger

Galvanoplastiker

wünscht sich per sofort zu verändern. Zeugnisse zur gefl. Verfügung. Werte Offerten unter A. Z. 147 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Anhang zum Tarife

von **Konrad Eichler**, Leipzig, Salomonstr. 8. Preis des Exemplars 10 Pf. (3 Pf. Porto). Bestellungen nehmen die Herren Verbandsfunktionäre sowie die Geschäftsstelle entgegen.

Reisekörbe

kauft man **direkt von der Fabrik.**
Reisekorb-Preisliste verlangend.

Julius Tretbar, Grimma 626.
Reisekorbfabrik. [643

Wer sich zum Faktor

oder zum ersten Akzidenzsetzer ausbilden will, dem ist der einjährige Besuch des **Technikums für Buchdrucker** zu empfehlen. Es wird leichtfasslicher Unterricht erteilt in folgenden Fächern: Akzidenzsatz aller Art, Skizzieren, Farbenlehre, Tonplattenschneiden, Faktorarbeiten, Druckpreisberechnung, Zinkätzung, Drucktechnik usw. Zahlreiche Anerkennungs- und Dankschreiben. **Am 1. Juli beginnt ein neuer Kursus.** — Prospekte durch die Geschäftsstelle **Leipzig-R.**, Senefelder-Strasse 13—17.

Fachgeschäft f. d. graph. Gewerbe
H. MATHAEUS
Stuttgart-Gablenberg
Empfiehlt den Collegen
sämtl. Fachartikel
und Schmucksachen
zu billigen Preisen
Katalog gratis u. franko

Am 20. Mai verschied nach 22wöchigem Krankenlager an Lungenblutung unser lieber Kollege, der Setzer Herr [142

Fritz Schambeck

aus Straubing im Alter von 22 Jahren.
Ein treues Andenken wird ihm bewahren
Die Mitgliedschaft Kempten (V. d. D. B.).

Am 28. Mai verschied nach längerm Krankenlager unser lieber Kollege, der Setzer

Walter Lauterjung

im jugendlichen Alter von 22 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Ortsverein Solingen. [145

Richard Härtel, Leipzig-R.
(Inhaberin: Klara verw. Härtel)
Kohlgartenstrasse 45
liefert franko
Werke und Musikalien aller Art zu Ladenpreisen.
Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten.

Die deutsche Interpunktion und der Gebrauch der mit ihr verwandten Hilfszeichen von W. Hellwig. 80 Pf.

Geschichte der Setzmaschine und ihre Entwickelung bis auf die heutige Zeit. Von Karl Herrmann. Mit vielen Illustr. 1,80 Mk. (Die Systeme sämtlicher existierender Setzmaschinen und deren Technik.)

Buchführung für Buchdruckereien von D. Schönwandt, öffentlich angestellter, beeidigter Bücherrevisor. Mit Anhang „Wert der Buchdruckereien". 4,50 Mk.

Krapf, Gutenberg. Festspiel. 50 Pf.

Adressen für Zusendungen
an den „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer":
für Artikel u. Korrespondenzen: Ludwig Rexhäuser,
„ Rundschau und Gewerkschaftliches: Willi Krahl,
„ Verbandsnachrichten, Inserate, Offerten, Postanweisungen usw.: Georg Löblich;
sämtlich in Leipzig, Salomonstraße 8.

Verleger: E. Döblin, Berlin. — Verantwortlicher Redakteur: L. Rexhäuser in Leipzig. — Druck von Radelli & Hille in Leipzig.